

**Wahlprogramm**  
**zur Abgeordnetenhauswahl 1990**  
der Freien Demokratischen Partei  
Landesverband Berlin

**„Berliner Programm“**

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D2-957  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-229

# Berliner Programm

zur Wahl am 2. Dezember 1990



Carola von Braun

**DIESE FRAU  
SOLLTE MANN WÄHLEN**

# **F.D.P.**

Die intelligente  
Alternative

\*02-357

## Inhalt Wahlprogramm 1990

	Seite
Die liberale Idee .....	1
Wohnen.....	2
Wirtschaft.....	5
Arbeiten .....	7
Verkehr .....	9
Soziales .....	12
Familie und Frau.....	14
Regionalplanung .....	16
Umwelt.....	18
Recht.....	21
Verwaltung.....	22
Kultur .....	23
Ausländer.....	24
Jugend.....	26
Sport .....	28
Bildung - Schule - Wissenschaft .....	29
Medien .....	31
Kirche.....	33
Stichwortverzeichnis .....	34

# DIE LIBERALE IDEE

## Liberaler Politik - Eintreten für die Freiheiten des Einzelnen

Die Liberalen sind die einzige politische Kraft, die die Freiheit des einzelnen Bürgers in allen Lebensbereichen zum entscheidenden gesellschaftlichen Gestaltungsprinzip macht. Die Freiheit des Einzelnen findet für sie ihre Begrenzung grundsätzlich nur in der Freiheit des Anderen. Zur Freiheit gehört für Liberale auch die Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Eigenverantwortung, Toleranz und Weltoffenheit sind die liberalen Prinzipien für die eigene Lebensgestaltung wie für die Zukunft der offenen Gesellschaft, die sie anstreben. Liberale bauen Bevormundungen und Abhängigkeiten ab. Gleichberechtigte Teilhabe aller ist ihr Ziel. Kreativität, Leistungswille und Risikobereitschaft des Einzelnen zu fördern, ist deshalb eine Aufgabe, der sich die Liberalen stellen.

Bei allen Meinungsunterschieden, die liberale Politiker in Einzelfragen der Politik entwickeln können, ist ihnen allen doch die Überzeugung gemeinsam, daß die Wahrung der Rechte des Einzelnen der entscheidende Maßstab ihres politischen Handelns sein muß, weil eine Gesellschaft nur so frei ist, wie jeder Einzelne in ihr. Liberale glauben sich nicht im Besitz der allein selig machenden Wahrheit, sie mißtrauen Ideologien.

Gegen alle Zukunftsängste setzen Liberale Vertrauen in die Fähigkeit des Menschen, aus eigener Verantwortung eine freie, friedliche und sozial gerechte Welt zu gestalten. Liberale Politik wendet sich gegen ein Ordnungs- und Planungsdenken, das sich allein vom Staat die beste Zukunftssicherung verspricht. In einer sich schnell verändernden Welt verhindert die Schwerfälligkeit von Bürokratien die Nutzung von Zukunftschancen, ohne dabei Gefahren wirksam abwenden zu können. Nur eine offene Gesellschaft aktiver Bürger mit Engagement, Mut und Zuversicht kann die Zukunft meistern.

Freiheit und Frieden bedingen einander, sie sind untrennbar mit der Verwirklichung demokratischer Grundrechte für alle verknüpft. Die Freiheitsrevolutionen im Osten geben uns heute die Chance, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen. So wie Frieden im Inneren nur durch Toleranz dauerhaft gesichert werden kann, ist der äußere Friede untrennbar an gegenseitiges Verstehen, Interessenausgleich und Zusammenarbeit gebunden. Liberale sehen deshalb den Vollzug der deutschen Einheit als Teil der Europäischen Einigung. Zusammenarbeit statt Nationalismus, Kooperation statt Konfrontation ist Leitlinie liberaler Politik. Eine dauerhafte Friedensordnung in Europa setzt die geistigen und materiellen Ressourcen frei, die Hunger und Armut in der Dritten Welt besiegen helfen und den Menschen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten.

## Liberaler in Berlin

Die Liberalen in Berlin stellen sich der historischen Herausforderung, gerade ihre Stadt zu einer welt-offenen Metropole in einer vom Staatssozialismus befreiten Region zu entwickeln. Berlin hat eine zentrale Bedeutung für die Wandlung Osteuropas in eine freiheitlich-demokratische Gesellschaftsform. Berlin wird zum Kristallisationspunkt für die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und damit für die Einigung Europas und Deutschlands. Bonn stand für die Einigung Westeuropas. Berlin ist der natürliche Ort, von dem aus eine gesamteuropäische Gemeinschaft freier Staaten gestaltet werden kann.

Berlin war, ist und wird sein die Stadt der geistigen, kulturellen und gesellschaftlichen Impulse. Politiker brauchen diese Anregungen, wollen sie nicht in einem provinziellen Konservatismus erstarren. Deshalb wollen die Liberalen Berlin möglichst schnell wieder seine Funktion als Hauptstadt und Regierungssitz geben. In ihrem Eintreten für Berlin als Hauptstadt der Deutschen bekennen sich die Liberalen uneingeschränkt zur deutschen Geschichte.

## **WOHNEN**

### **Ausreichende Wohnungen für alle - nur Markt und Staat gemeinsam schaffen das**

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Für jeden Menschen ausreichend Wohnraum zu schaffen ist teuer. Baukosten und Hypothekenzinsen und in ihrer Folge die Mieten haben längst Höhen erreicht, bei denen viele Menschen die "Marktpreise" aus ihrem Einkommen nicht mehr bezahlen können. Wo der Einzelne sich nicht mehr helfen kann, ist die Gesellschaft, ist der Staat gefordert. Die Qualität der Wohnung und ihrer Umgebung beeinflusst das soziale Verhalten des Menschen. Wohnungspolitik ist also auch Gesellschaftspolitik, der Wohnraum des Einzelnen braucht den Schutz des Staates.

Der Staat ist aber schon finanziell nicht in der Lage, Wohnraum für alle zu schaffen. Staatliche Großprojekte mit gnadenloser Aneinanderreihung von Wohnsilos sind zudem kaum Beispiel für eine Wohnumgebung, in der menschliches Zusammenleben gedeihen kann. Der überbürokratisierte soziale Wohnungsbau ist - auch ohne die Folgekosten, die er z.B. bei den sozialen Einrichtungen und in der Kriminalitätsbekämpfung verursacht - in der Kostenmiete längst teurer als der freifinanzierte in seiner Marktmiete. Im Ostteil unserer Stadt hat der Staat schon bewiesen, daß staatliche Wohnungswirtschaft nicht einmal in der Lage ist, vorhandenen Wohnraum menschenwürdig zu erhalten. Ohne die Kräfte der privaten Wohnungswirtschaft geht es also nicht.

In den nächsten Jahren braucht Berlin über 200.000 zusätzliche Wohnungen, deren Bau allein rund 80 Milliarden Mark kostet. Hinzu kommt: Ein nicht unerheblicher Teil der Wohnungen im Ostteil der Stadt ist nicht mehr sanierbar. Außerdem beträgt die durchschnittliche Wohnfläche im Ostteil Berlins 27 qm pro Kopf, im Westteil sind es aber 38 qm. Wenn die Einkommen im Ostteil der Stadt steigen, werden sich auch die Menschen dort größere Wohnungen wünschen. Auch dieser Bedarf will erst einmal gedeckt sein.

Der Staat muß deshalb für den freien Wohnungsmarkt Anreize schaffen, damit ausreichend Wohnungen gebaut werden. Nur mit einem steigenden Angebot an Wohnungen kann dem Steigen der Kaufpreise und Mieten sinnvoll Einhalt geboten werden. Ein Preisstopp führt verstärkt dazu, daß Vermieter versuchen über hohe Abstandsforderungen das Geld einzutreiben, das sie auf die Miete nicht aufschlagen dürfen. Wo der Preismechanismus ausgeschaltet wird, greift der Schwarzmarkt-Mechanismus. Wo nicht der Preis reguliert, entstehen Warteschlangen und Privilegienwirtschaft. Ein Preisstopp schützt nur bestehende Mietverhältnisse, macht aber den Wohnungsmarkt noch unbeweglicher: Wer eine Wohnung hat, wohnt sicher, wer eine Wohnung sucht, bekommt keine. Diese Unbeweglichkeit des Marktes führt auch dazu, daß zum Teil Alleinstehende in übergroßen Wohnungen verbleiben, deren Fläche unter Marktbedingungen für zwei Familienwohnungen ausreichen könnte.

### **Flächensparend bauen - die Landschaft nicht zersiedeln - die Innenstadt verdichten**

Weil Grund und Boden in der Stadt teuer sind, muß damit sparsam umgegangen werden, wenn Wohnungen bezahlbar bleiben sollen. Es muß also flächensparend gebaut werden und das heißt in die Höhe. Weil die Menschen in Berlin die Natur im unmittelbaren Umland brauchen, darf sie nicht zugebaut werden. Wächst die Stadt an ihren Rändern immer weiter nach außen, werden nicht nur die Wege für die immer weiter, die am Stadtrand wohnen, sondern auch für die Bewohner der Innenstadt, die in ihrer Freizeit Erholung suchen. Mehr Verkehr verbraucht dann weitere Flächen. Unser Ziel heißt deshalb: Höhere innerstädtische Bebauung vor allem dort, wo gute Verkehrsverbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln schon vorhanden sind. Das heißt nicht: neue Anhäufungen von Wohnsilos, sondern neue Formen innerstädtischen Wohnens in Gebäuden, die nicht isoliert zum Wohnen gebaut sind, sondern auch zum Leben, zum Sich-Treffen, zum Spielen, zum Arbeiten, zum Wahrnehmen von Kultur- und Dienstleistungsangeboten. Wenn diesem Ziel bestehende Verwaltungsvorschriften entgegenstehen, dann ist die Politik gefordert, sie zu ändern.

## **Vorhandenen Wohnraum privatisieren, instandsetzen, modernisieren und nutzen**

Weil Bauen teuer ist, müssen die vorhandenen Wohnungen genutzt werden. Daß Wohnungen leer stehen, weil ihr baulicher Zustand niemandem zuzumuten ist, weil die Häuser verfallen oder weil leerer Wohnraum zum Spekulationsobjekt wird, darf nicht sein. Fast ein Drittel der Wohnungen im Ostteil unserer Stadt ist sanierungsbedürftig. Die staatliche Wohnungswirtschaft hat in diesem Bereich völlig versagt. Voraussetzung einer schnellen Wohnraumsanierung ist die Entstaatlichung und Entbürokratisierung der Wohnungswirtschaft. Die Berliner Liberalen treten deshalb für die Reprivatisierung des Wohnungsbestandes ein. Dazu gehört die Rückgabe von Häusern an die ursprünglichen Eigentümer oder ihre Erben, bei der die Mieter durch das vorhandene Mieterschutzrecht gesichert sind. Dazu gehört ein Vorkaufsrecht für die Mieter, wenn Miethäuser und -wohnungen aus Staatsbesitz verkauft werden. Dazu gehören auch Finanzierungshilfen, die kaufwilligen Mietern beim Erwerb und bei den notwendigen Modernisierungen und Instandsetzungen helfen. Schließlich müssen Modelle entwickelt werden, die es möglich machen, daß die Gemeinschaft der Mieter ein Mietshaus auch ohne Teilung in Wohnungseigentum kaufen und gemeinsam bewirtschaften kann. Wo im Einzelfall der Modernisierungs- und Instandsetzungsbedarf so hoch ist, daß das Haus im gegenwärtigen Zustand keinen Wert mehr darstellt, sollte es einer sanierungswilligen Mietergemeinschaft auch geschenkt werden können. Der Erhalt und die Förderung genossenschaftlicher Organisationsformen auch in der Wohnungswirtschaft gehören zu den ältesten liberalen Anliegen.

Gegen Spekulationen mit leerstehendem Wohnraum gibt es gesetzliche Handhaben. Sie müssen konsequent angewendet werden. Auch die Zweckentfremdung von Wohnraum zu Wirtschaftszwecken, z.B. als Büroräume, verringert den vorhandenen Wohnraum. Hier müssen durch attraktive Angebote an Büroflächen im Innenstadtbereich Möglichkeiten geschaffen werden, diesen Wohnraum wieder freizumachen. Solche Flächen können problemlos auch in Hochhäusern untergebracht werden.

## **Mietpreisbindung allmählich lockern - mit Wohngeld helfen - Sanierung steuerlich fördern**

Aus den gegenwärtigen Mieten im Ostteil unserer Stadt ist nicht einmal die laufende Bewirtschaftung zu bezahlen - ganz zu schweigen von Instandsetzung und Modernisierung der verfallenen Wohnungen. Die Menschen, die dort wohnen, können aber auch nicht von heute auf morgen eine marktgerechte Miete bezahlen. Die vorhandene Mietpreisbindung kann also nur allmählich gelockert werden, wenn gleichzeitig den Mietern mit dem gesetzlich geregelten Wohngeld dazu geholfen wird, daß sie mit einem Fünftel ihres Einkommens eine für ihre Familie ausreichende Wohnung bezahlen können. Weil die Sanierung des Wohnungsbestandes aus den Mieten vorläufig nicht zu finanzieren ist, muß hierfür ein Berliner Sofortprogramm ausgearbeitet werden, das mit entsprechenden steuerlichen Anreizen dem Wohnungsbestand massiv privates Kapital zuführt: Die Aussicht auf eine allmähliche Lockerung der Mietpreisbindung und die sofortige steuerliche Berücksichtigung von Sanierungsmaßnahmen müssen die Eigentümer veranlassen, in die Zukunft ihrer Häuser und Wohnungen zu investieren. Wo die erzielbaren Mieteinnahmen und der Grundstückswert als Sicherheit für die benötigten Kredite nicht ausreichen, können Bürgschaften des Staates, für die die Berliner Liberalen sich einsetzen, die Kreditaufnahme ermöglichen.

## **Sozialer Wohnungsbau und Wohngeld für Bedürftige - Fehlbelegungsabgabe für Aufsteiger**

Weil der Staat sich darauf beschränken muß, denen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können, muß er aufhören, denen, die inzwischen genügend verdienen, einen Teil der Miete zu bezahlen. Wer vor Jahren einen Anspruch auf eine Sozialwohnung hatte, heute aber genügend verdient und immer noch in einer Sozialbauwohnung wohnt, muß zur Kasse gebeten werden. Solche "Fehlbelegung" von Sozialbauwohnungen führt schon heute zu einer "Fehlbelegungsabgabe". Sie beträgt aber höchstens 3,50 DM je Quadratmeter und Monat. Das ist häufig zu wenig. Wer vom Staat Wohngeld beansprucht, dem wird zugemutet, erst einmal selber ein Fünftel seines Einkommens für das Wohnen auszugeben. Dieser Maßstab muß auch bei der Fehlbelegungsabgabe angewandt werden. Wer eine Sozialbauwohnung be-

## **WOHNEN**

wohnt und dafür weniger als ein Fünftel seines Einkommens Miete zahlt, soll die Differenz als Fehlbelegungsabgabe bezahlen, insgesamt aber nicht mehr als die Miete für eine entsprechende freifinanzierte Wohnung nach dem Mietspiegel. Auch wer eine Sozialbauwohnung bewohnt, auf deren Größe die Familie einmal Anspruch hatte, muß - wenn die Familie so nicht mehr zusammen wohnt und er die große Wohnung behält, eine Fehlbelegungsabgabe bezahlen. Das Geld, das der Staat so einnimmt, kann - und muß - wieder für soziale Anforderungen an den Wohnungsbau und für Wohngeld ausgegeben werden.

Alleinstehende Obdachlose haben ein Recht auf einen Wohnberechtigungsschein mit Dringlichkeit. Um die Wohnungsnot zu verharmlosen, hat der rot/grüne Senat diesem Personenkreis dieses Recht genommen. Durch einfache Änderung der Verwaltungsvorschriften wäre die Vergabe von öffentlich gefördertem Wohnraum an die heutigen Lebensformen anzupassen, durch die "Zusammenschreibung" von Wohnberechtigungsscheinen mehrerer Einzelpersonen der überhöhte Bedarf am Einpersonenvonwohnungen gleichzeitig reguliert.

### **Weniger Subventionen - mehr Wettbewerb und Förderung des Einzelnen**

Aus liberaler Sicht müssen grundsätzlich die einzelnen bedürftigen Menschen unterstützt werden und nicht Wohnungsbaugesellschaften und Bauobjekte. Im Ergebnis bedeutet das nämlich weniger Subventionen und mehr Wettbewerb, weil ein ungeteilter Wohnungsmarkt entsteht, statt bisher drei Märkten (Altbau, Neubau, Sozialbau). Die Fachleute sprechen hier von Subjektförderung statt Objektförderung. Dieser Förderungsweg ist nicht nur wirksamer, weil mit geringstem staatlichem Aufwand die meisten Wohnungen geschaffen werden, sondern er ist auch sozial gerechter.

### **Sozialer Wohnungsbau - aber bitte behindertengerecht**

Sozialer Wohnungsbau verdient seinen Namen nur, wenn er vor allem den benachteiligten Menschen dient. Die Förderung von Wohnungsneubauten mit staatlichen Mitteln muß deshalb zukünftig gezielt eingesetzt werden, wo es gilt, spezielle Anforderungen an das Bauobjekt durchzusetzen, z.B. einen ausreichenden Anteil der Wohnungen mit behindertengerechter oder altengerechter Ausstattung zu versehen. Dieser Anteil sollte höher sein als der Anteil der Behinderten an der Gesamtbevölkerung, weil Behinderte häufig nur ein geringes Einkommen erzielen und ein Nichtbehinderter sehr gut auch in einer behindertengerechten Wohnung leben kann.

# WIRTSCHAFT

## **Soziale und ökologische Marktwirtschaft - Sicherheit für den Einzelnen und eine offene Gesellschaft**

Nur in einer Wirtschaftsordnung, in der Eigenverantwortung und Initiative, Erfindungsgeist und Leistungsvermögen des Einzelnen die Möglichkeit zu freier Entfaltung bekommen, kann dauerhaft Wohlstand gedeihen; nur in ihr können langfristig Arbeitsplätze und Einkommen gesichert werden. Nur ein effektives Wirtschaftssystem kann die materielle Absicherung einer freien und offenen Gesellschaft bringen. Markt und Wettbewerb sind die Voraussetzungen für eine effektive Wirtschaft, das Streben jedes Einzelnen nach Wohlstand ist ihr Motor.

Im hemmungslosen Streben nach Eigennutz Einzelner liegen aber Gefahren für die Funktionstüchtigkeit des Marktes und des Wettbewerbs, für das Auskommen der wirtschaftlich Schwachen und für die natürlichen Lebensgrundlagen, von denen wir alle leben. Solchen Gefahren soll und muß Wirtschaftspolitik begegnen. Der Staat soll aber nicht selbst die Wirtschaft betreiben. Er hat längst bewiesen, daß er das nicht kann. Die von der öffentlichen Verwaltung geführten Betriebe müssen deshalb so weit wie möglich privatisiert - und das heißt nicht nur die Rechtsform geändert - werden. Auch staatliche Wirtschaftslenkungsprogramme und das Aufblähen immer neuer Verwaltungen lösen keine wirtschaftlichen Probleme, sie behindern die Lösung eher. Dauersubventionen für marode Betriebe führen nicht zu wettbewerbsfähigen Unternehmen, sie verzerren nur den Wettbewerb, führen zu Bequemlichkeit und am Ende in einen teuren Bankrott.

Aufgabe richtig verstandener Wirtschaftspolitik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vorzüge der freien Marktwirtschaft erhalten und Gefahren für die Gesellschaft und die Umwelt vermeiden helfen. Der Staat soll sich darauf beschränken, zum sparsamen Umgang mit Rohstoffen, zur Schonung der Umwelt und der Mitgeschöpfe des Menschen anzuhalten, den Wettbewerb zu erhalten und die gesellschaftliche Verträglichkeit der Wirtschaft zu gewährleisten. Im übrigen soll er das Wirtschaften der Wirtschaft überlassen und sie nicht durch Bürokratie und Überreglementierung behindern. Ziel der Liberalen ist auch in der Wirtschaftspolitik möglichst wenig staatliches Eingreifen und möglichst viel Freiraum für den Einzelnen. Die Liberalen wollen eine soziale und ökologische Marktwirtschaft.

## **Mittelstand - Rückgrat der Wirtschaft - Garant des Wettbewerbs**

Kleine und mittlere Betriebe in Produktion, Handwerk und Handel, freie Berufe und das Dienstleistungsgewerbe sind das Rückgrat einer effektiven Wirtschaft; der Mittelstand hat sich immer wieder als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung erwiesen. In dem gewachsenen breiten Mittelstand hat die politische und wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik ihre Grundlage und ihr hoher Lebensstandard seine Ursache. Deshalb ist die Wiederherstellung eines Mittelstandes beim Wiederaufbau der Wirtschaft im Ostteil unserer Stadt Berlins und in den östlichen Bundesländern so wichtig und deshalb auch gilt dem Mittelstand die besondere Aufmerksamkeit liberaler Wirtschaftspolitik. Gerade die kleinen und mittleren Betriebe können aber nur produktiv arbeiten, wenn sie nicht im Papierkrieg ersticken. Reglementierung und Bürokratie müssen deshalb auf ein Minimum beschränkt werden. Deshalb setzen sich die Liberalen für die Beseitigung unnützer Vorschriften ein. Dazu gehört z.B. das Ladenschlußgesetz. Gewerkschaften und Arbeitgeber können die Arbeitszeit der Beschäftigten allein regeln. Das ist nicht Aufgabe des Staates, der mit dieser unsinnigen Vorschrift eine Entzerrung der Hauptverkehrszeiten ebenso verhindert, wie er das Nebeneinander von Beruf und Haushalt - heute immer noch vor allem für die Frauen - erschwert.

Viele kleine und mittlere Betriebe stehen untereinander in größerem Wettbewerb, als wenige große Konzerne, die leicht dazu neigen, den Markt untereinander aufzuteilen und damit den Wettbewerb abzuschaffen. Große Konzerne erweisen sich häufig als wenig beweglich und mußten in der Vergangenheit häufig genug vom Steuerzahler vor dem Konkurs gerettet werden, um die sozialen Folgen ihres wirtschaftlich eigentlich fälligen Untergangs für die Mitarbeiter abzuwenden. In dieser Situation sind nun auch viele frühere Staatsbetriebe im Ostteil unserer Stadt und in ihrem Umland. Die Finanzierung der alten Strukturen aus staatlichen Mitteln schafft aber auf Dauer keine wettbewerbsfähigen Unter-



## WIRTSCHAFT

nehmen. Anschubfinanzierungen für Neugründungen und die vorübergehende Unterstützung risikobereiter Unternehmer im Mittelstand versprechen mehr Erfolg.

### **Wirtschaftsförderung - ausdehnen auf die östlichen Bundesländer - aber nicht abschaffen**

Beim nötigen schnellen Neuaufbau der durch sozialistische Planbürokraten zerstörten Wirtschaft in der ehemaligen DDR hat Berlin schon aufgrund seiner Lage eine zentrale Aufgabe zu erfüllen; im übrigen ist es in seinem Ostteil selbst betroffen. Eine schnelle Entscheidung für Berlin als Hauptstadt mit Regierungs- und Parlamentsitz wäre ein starker wirtschaftlicher Impuls. Berlin muß gestärkt und nicht geschwächt werden. Die Liberalen fordern deshalb die Beibehaltung der Berlinförderung und deren Ausdehnung auf ganz Berlin. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Berlinförderung muß unverzüglich ein entsprechendes "Gesetz zur Förderung der Wirtschaft in den östlichen Bundesländern" geschaffen werden. Ein stufenweiser Abbau der Berlinförderung ist erst dann vorzunehmen, wenn Berlin und sein Umland das wirtschaftliche Niveau der westlichen Bundesländer erreichen. Unabhängig davon kann die Berlinförderung nur unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes, der auch für Arbeitnehmer gilt, abgebaut werden.

Die wirtschaftliche Sanierung der östlichen Bundesländer ist nur dann in angemessener Zeit zu bewältigen, wenn sie als eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern angepackt wird. Die Liberalen fordern deshalb Investitionsförderungen in Anlehnung an die "Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder" für Investitionen in diesem Teil Deutschlands. Mit einem gegenüber anderen Fördergebieten um wenigstens zehn Prozent höheren Fördersatz müssen die östlichen Bundesländer dabei für Unternehmer auch als Produktionsstandort und nicht nur als kurzfristiger Absatzmarkt interessant werden. Außer Investitions- und Arbeitsplatzzuschüssen sowie hohen Steuervergünstigungen, die voll mit Erträgen aus dem übrigen Bundesgebiet verrechenbar sein müssen, sollten Zinsverbilligungen für Investitionskredite vorgesehen werden. Auch gezielte Kreditprogramme nach dem Beispiel der §§ 16 und 17 des Berlinförderungsgesetzes sind wirksame Mittel, Wirtschaft und Wohnungsbau anzukurbeln. Daneben müssen durch unbürokratische und schnell wirksame Übernahme von Bürgschaften durch den Staat Existenzgründungen in breitem Rahmen gefördert werden.

### **Berlin: Industriestandort und Dienstleistungsmetropole - Voraussetzung: Infrastruktur**

Als Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa muß Berlin eine große Industriestadt bleiben und zunehmend die Funktion einer Dienstleistungsmetropole gewinnen. Für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins hat die Hauptstadtfunction zentrale Bedeutung. Deshalb muß nicht nur sofort mit der Planung für die Rückführung der Hauptstadtfunctionen begonnen werden, es muß auch sofort eine Bestandsaufnahme der Forschungs- und Entwicklungsstätten und der kulturellen Einrichtungen als Grundlage für ein angemessenes Förderprogramm erarbeitet werden. Schnelle Verkehrswege zu Lande und in der Luft, eine leistungsfähige Energie- und Wasserversorgung, verlässliche, umweltschonende Entsorgung, Anbindung an modernste Nachrichtentechnik, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen, hoher Standard in Wissenschaft und Forschung und ein vielfältiges kulturelles Leben bestimmen die Qualität eines Dienstleistungsstandorts. In dieser Infrastruktur muß der Schwerpunkt staatlicher Finanzierung liegen.

## **Wirtschaft im Umbruch - eine neue Arbeitswelt entsteht**

In der Marktwirtschaft befindet sich der Markt - auch der Arbeitsmarkt - ständig in Bewegung, wandeln sich Strukturen. Dieser für den Fortschritt notwendige Strukturwandel kann aber zu vorübergehender Arbeitslosigkeit führen, wenn der alte Arbeitsplatz nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann und damit der Wechsel in eine neue Tätigkeit erforderlich wird. Dieser Wechsel ist für den einzelnen Arbeitnehmer um so leichter möglich, je besser er ausgebildet ist. Besondere Probleme ergeben sich jetzt durch den praktisch die gesamte Wirtschaft ergreifenden Wandel von der Kommando- zur Marktwirtschaft im Ostteil unserer Stadt. Hier verlieren gegenwärtig besonders viele Menschen ihren alten Arbeitsplatz. Das kann aber nicht abgewendet werden, indem man nicht lebensfähige Betriebe künstlich am Leben erhält. Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der Liberale für großzügige Investitionsanreize eintreten, fordern sie daher das Ende des Systems der Überbrückungskredite. In marode, nicht mehr lebensfähige Betriebe darf kein Geld des Steuerzahlers mehr fließen.

Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Arbeitslosigkeit vermeiden, und von Arbeitslosigkeit Betroffenen dabei zu helfen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Genügend und befriedigende Arbeit für alle kann dabei auf Dauer nur gesichert werden durch eine konsequente Marktwirtschaft in sozialer Verantwortung. Erfolgreiche liberale Wirtschaftspolitik ist daher noch immer die beste Beschäftigungspolitik.

## **Weiterbildung und Umschulung - Arbeit finanzieren, nicht Arbeitslosigkeit**

Für Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze in der Marktwirtschaft nicht mehr bestehen können sind Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen anzubieten. Träger dieser Angebote sind naturgemäß zuerst die Firmen, die Arbeitnehmer für neue Aufgaben gewinnen wollen und gegebenenfalls auch überbetriebliche Schuleinrichtungen hierfür nutzen sollten. Betriebe die sich jetzt auf die Marktwirtschaft umstellen, müssen finanziell in die Lage versetzt werden, die Umschulung ihrer Mitarbeiter selber zu organisieren. In zweiter Linie sollen gesellschaftliche Gruppen wie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften diese Aufgabe übernehmen, staatliche Einrichtungen nur, wo solche Angebote nicht zustande kommen oder nicht ausreichen, wobei auch an Angebote durch Fachschulen und Universitäten zu denken ist. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß der erfolgversprechendere und für den Steuerzahler billigere Weg darin liegt, die Ausbildung durch Betriebe und Wirtschaftsunternehmen - auch über deren eigenen Arbeitskräftebedarf hinaus - zu fördern, statt neue staatliche Ausbildungseinrichtungen aufzubauen. Auch eine befristete Lohnkostenbeihilfe vor allem für kleine und mittlere Unternehmen, die Arbeitslose einstellen und im Betrieb ausbilden, umschulen oder einarbeiten, kann helfen, Arbeitslosigkeit zu vermindern. Befristete Kurzarbeiterunterstützung in Verbindung mit Umschulung kann hier ebenfalls ein Weg sein.

## **Frauen und Jugendliche - Gleiche Chancen durch besondere Hilfen**

Große Aufmerksamkeit muß vor allem der Qualifizierung von Frauen und von Jugendlichen gewidmet werden. Fördermaßnahmen zur Erhöhung des Lehrstellenangebots sind unerlässlich. Einrichtungen wie das Berufsamt müssen ihr Angebot vor allem darauf ausrichten, solchen Jugendlichen Ausbildungsplätze anzubieten, die vom Wandel zur Marktwirtschaft besonders betroffen sind. Jugendlichen, die besondere Schwierigkeiten bei der Eingliederung ins Berufsleben haben, brauchen auch in besonderem Maße Hilfe zur Selbsthilfe. Einrichtungen der Jugendhilfe, wie das Jugendwerk, müssen hierfür ihre Kapazität erheblich erweitern und zusätzliche Werkstätten im Ostteil Berlins eröffnen.

Die Angebote für Frauen zur beruflichen Weiterbildung, die im Westteil unserer Stadt schon bestehen, sind erheblich auszuweiten und für den Ostteil Berlins bereitzustellen, damit der Wandel zur Marktwirtschaft nicht dazu führt, daß die Frauen überproportional aus dem Berufsleben ausscheiden müssen.

## **ARBEITEN**

### **Ab 55: Freie Wahl zwischen Ruhestand und Neubeginn**

Es gibt aber Menschen, denen nach Jahrzehnten ihres Arbeitslebens eine tiefgreifende Neuorientierung und Umstellung nicht mehr zugemutet werden kann. Sie gegen ihren Willen in aufwendige Umschulungsmaßnahmen für wenige verbleibende Jahre ihres Arbeitslebens drängen zu wollen, wäre unverhältnismäßig. Hier muß gelten: Ab dem Alter von 55 Jahren müssen Menschen, die nur aufgrund der Umgestaltung des Wirtschaftssystems ihren Arbeitsplatz verlieren, wählen können, ob sie in den Ruhestand gehen oder sich neu im Arbeitsleben einsetzen wollen.

### **Keine Beschäftigungsprogramme - Es gibt genug zu tun**

Aus-, Fortbildung und Umschulung allein schaffen keine Arbeitsplätze; sie befähigen aber die Menschen dazu, an neuen Arbeitsplätzen tätig zu werden. Arbeit genug für die Schaffung einer Vielzahl neuer Arbeitsplätze ist objektiv vorhanden. Denn in der derzeitigen Übergangsphase muß die für die Zukunft des geeinten Berlin notwendige Grundausrüstung geschaffen werden. Entwicklungsprogramme für die deutsche Hauptstadt müssen das Ziel haben, in ganz Berlin moderne Netze für Kommunikation, Verkehr, Energieversorgung, Be- und Entwässerung, sowie eine saubere Umwelt und eine Grunderneuerung, vor allem bei Gebäuden und öffentlichen Freizeit- und Erholungsanlagen, wie Parks und Sportstätten zu schaffen. Alle diese Aufgaben sind Investitionen in die Zukunft aller. Das rechtfertigt eine Finanzierung durch die Gemeinschaft, durch den Staat. Es muß dann aber die Stadt Berlin finanziell in die Lage versetzt werden, entsprechende Aufträge zu vergeben. Durch Ausbau und Modernisierung des Telefonnetzes, durch die Sanierung von Böden und Anlagen, durch den Bau von Straßen und Bahnen, durch die Renovierung und die Erneuerung von Häusern gehen Aufträge vor allem an kleine und mittlere Betriebe; es werden Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen. Damit sinken die Ausgaben für Arbeitslosen- und Sozialhilfe, die Steuereinnahmen steigen. Solche Entwicklungsprogramme bringen also die Wirtschaft in Schwung; es ist daher zu vertreten, sie unter Beachtung der Möglichkeiten des Kapitalmarktes auf dem Kreditwege zu finanzieren.

## **Sich frei bewegen können - ein Stück Freiheit**

Sich jederzeit frei bewegen zu können, ist seit 1989 für viele Berliner ein neues Erlebnis. Aus bitterer Erfahrung sehen sie darin zu Recht ein wesentliches Stück ihrer neu gewonnenen Freiheit. Diese Freiheit bleibt bedroht von Ideologen, die den Bewegungsdrang und die Bewegungslust des Einzelnen am liebsten völlig unterbinden wollen, weil damit allemal Verkehrsprobleme entstehen. Sie bleibt bedroht aber auch von Tatsachen. Wenn jeder im Ballungsraum Berlin jederzeit von seiner Bewegungsfreiheit beliebigen Gebrauch macht, dann kann Berlin leicht im Verkehr ersticken, dann müßte Berlin nur noch Verkehrsraum sein und wäre kein Lebensraum mehr.

Wo viele Menschen auf engem Raum sich bewegen, müssen Massentransportmittel benutzt werden, weil sie weniger Platz und weniger Energie verbrauchen, als viele Fahrzeuge für jeweils eine Person. Andererseits gibt es eine Fülle von Transportaufgaben, die Massentransportmittel nicht wirtschaftlich lösen können. Die innerstädtische Verteilung von Wirtschaftsgütern, der Verkehr in weniger dicht besiedelten Außenbezirken, die Fahrt von einem beliebigen Punkt zum anderen ohne Umsteigen, die Beförderung von Gepäck und anderes mehr ist nur im Individualverkehr, d.h. mit einem Einzeltransportmittel sinnvoller zu bewältigen. Ein ausgewogenes Miteinander von Individualverkehr und öffentlichem Nahverkehr ist deshalb nach wie vor der einzige Weg, die Bewegungsfreiheit des Einzelnen für alle Menschen zu erhalten, ohne die Lebensqualität der Stadt Berlin zu zerstören. Nur wenn genügend Berliner mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, können andere auch mit dem Auto noch vorankommen. Das gilt selbst dann, wenn großzügig Straßen gebaut werden.

Zwang zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel kann nicht das Mittel einer Politik sein, die die Freiheit der Bürger respektiert. Wer den sinnvollen Ausbau von Verkehrswegen verweigert, den Individualverkehr künstlich behindert und darauf setzt, daß der so herbeigeführte Verkehrskollaps die Menschen zum Umsteigen auch auf laute, langsame, überfüllte, unbequeme und umständliche öffentliche Verkehrsmittel zwingt, übersieht dabei wesentliches. Er übersieht, daß Individualverkehr neben dem öffentlichen Personennahverkehr notwendig bleibt und daß die Belastung der Umwelt und der Menschen mit Verkehrslärm und Abgasen bei fließendem Verkehr im Ergebnis deutlich geringer ist. Der Anreiz zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel muß - nach den Regeln des freien Marktes - von einem überzeugenden Angebot ausgehen.

Berlin braucht danach ein überzeugendes Konzept für den Ausbau sowohl des Schienen- als auch des Straßenverkehrsnetzes einschließlich der Autobahnverbindungen. Eine Hauptstadt muß auch die Voraussetzungen schaffen, hauptstädtischen Verkehr zu bewältigen.

## **Öffentlicher Personennahverkehr - Qualität schafft Umsteiger**

Nur ein überdurchschnittlich gutes Angebot an öffentlichen Nahverkehrsmitteln ist in der Lage, den Einzelnen in freier Entscheidung zu veranlassen, auf Bus oder Bahn umzusteigen, und damit Berlin nicht im motorisierten Verkehr ersticken zu lassen. Die Qualität des öffentlichen Nahverkehrs wird wesentlich von der Dichte der bestehenden Anschlüsse, dem Fahrplankontakt, der Fahrzeit, dem Fahrkomfort und dem Preis bestimmt.

Das alte Schnellbahn-Netz (S-Bahn und U-Bahn) als Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs bietet Berlin ein gutes Gerüst, Grundstein für ein attraktives Gesamtkonzept. Die Wiederinbetriebnahme aller seit 1980 im Westteil der Stadt stillgelegten S-Bahn-Strecken und aller 1961 unterbrochenen Verbindungen muß deshalb vorrangig betrieben und innerhalb von höchstens zehn Jahren bewältigt werden. Besonders eilig sind die Verbindungen von der Stadt in das Umland. Daneben ist die kurzfristige Schließung des Außenrings durch Weiterführung der S-Bahn-Strecke zwischen Wartenberg und dem Karower Kreuz notwendig. Auch das U-Bahnnetz muß wieder vollständig in Betrieb genommen werden. Beim Ausbau der Schnellbahnen kommt es zunächst darauf an, die Fernverkehrsmittel (vor allem die Flughäfen) anzuschließen, die fehlenden Verknüpfungen zwischen S- und U-Bahn (Mexikoplatz, Warschauer Straße, Hermannstraße, Westkreuz, Lankwitz) herzustellen. Parallele Streckenfüh-

## VERKEHR

rung ist zu vermeiden, der teure U-Bahn-Bau auf die Innenstadt zu konzentrieren (so muß z.B. endlich die U-Bahn unter dem Kurfürstendamm von der Uhlandstraße bis zum S-Bahnhof Halensee verlängert werden), die Möglichkeiten der Magnetbahn als Ergänzung zu nutzen.

In weniger dicht besiedelten Stadtbereichen außerhalb des S-Bahnringes sind die hohen Kosten für den Bau von S- und U-Bahnen nicht zu rechtfertigen. Hier sollte statt dessen der Neubau von Straßenbahnstrecken (als Stadtbahnstrecken) geprüft werden. Das bestehende Straßennetz muß mit dem S- und U-Bahnnetz verknüpft und zum Zubringer dafür umgestaltet werden. Die im östlichen Teil unserer Stadt vorhandenen Linienführungen der Straßenbahn und ihr Fahrzeugpark bedürfen dringend einer Modernisierung.

Auch Busse sind vor allem als Zubringer zum Schnellbahn-System wichtig. Das gesamte Berliner Busnetz muß unter diesem Gesichtspunkt neu überdacht werden. Busse sind zu langsam, um sie parallel zu Bahnen oder über weite Strecken von einem Stadtteil zum anderen fahren zu lassen. Stadtteilverbindende Buslinien sollen deshalb nur da fahren, wo schnellere öffentliche Verkehrsmittel nicht erreichbar sind. Für diese Buslinien können dann auch Busspuren sinnvoll sein, die für Busse im Kurzstrecken- und Zubringerverkehr (Kurfürstendamm, Hauptstraße, Potsdamer Platz) überflüssig sind. Busspuren sollten auch für Pkw freigegeben werden, die mit mehr als zwei Personen besetzt sind; damit werden Anreize für Fahrgemeinschaften gegeben und Familien mit Kindern entlastet. Selbstverständlich müssen Busse und öffentliche Ver- und Entsorgungsfahrzeuge nach Gesichtspunkten beschafft oder umgerüstet werden, die vorbildlich für Umweltentlastung und Verkehrssicherheit sind (z.B. Motorkapselung, Rußfilter für Diesel, Hybridantrieb, Unterfahrschutz).

### **Straßenverkehr - flüssig halten, auch der Umwelt zuliebe - vor dem Zentrum abfangen, wo möglich**

Der zunehmende Wirtschafts- und Berufsverkehr zwischen Berlin und seinem Umland und die steigende Motorisierung im Ostteil unserer Stadt werden bis zum Jahre 2000 zu mehr als einer Verdoppelung des Autoverkehrs in Berlin führen. Diesen Verkehr kann man nicht ideologisch verbannen, man muß ihn flüssig halten. Ein Verkehr, in dem Autos ständig anhalten und wiederanfahen, erhöht nämlich die Belastung für Umwelt und Mensch. Mehr Kraftstoff wird sinnlos verbrannt. Deshalb kann auf den Bau leistungsfähiger Hauptverkehrsstraßen nicht verzichtet werden. Er ist auch Voraussetzung für eine sinnvoll funktionierende Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten. Der Ausbau der Stadtautobahn zu einem Ring um die gesamte Innenstadt, ihre Anbindung mit Autobahnzubringern (z.B. über Neukölln und Treptow) an den Berliner Ring und der Bau einer Nord-Süd-Verbindung mit Untertunnelung des Tiergartens sind deshalb notwendig. Wo auf gut ausgebauten Ausfallstraßen fast ausschließlich Kraftfahrzeuge fahren, sollte das Tempo flexibel über 50 km/h angehoben werden.

Autos verbrauchen viel Platz. Im Durchschnitt sind sie nur 61 Minuten täglich in Bewegung, fast 23 Stunden stehen sie herum. Das wirft Parkraumprobleme auf, insbesondere in der Innenstadt. Hier wird ein Parkraumkonzept gebraucht, das Platz für den Wirtschaftsverkehr und die Anwohner schafft und die Stadt von Pendlern im Berufsverkehr entlastet. Steuervergünstigungen für die Fahrt mit dem Pkw zur Arbeit in Ballungsgebieten müssen abgebaut, am Rand der Stadt attraktive Parkmöglichkeiten mit Schnellbahnanschluß (Park and Ride - System) geschaffen werden. Auch die Innenstadt braucht mehr Parkhäuser, damit Wohnen und Wirtschaften dort möglich bleibt.

### **Fernverkehr - Schnelle Zugverbindungen - Trennung nach nationalen und internationalen Flügen**

Die Zugverbindungen von und nach Berlin sind zu langsam, zu selten und zu unattraktiv, um Flugzeug und Auto ernsthaft Konkurrenz zu bieten. Nur wesentliche Verbesserungen der Schienenwege vor allem nach Westen und Süden, die Einbeziehung Berlins und der großen Städte in den östlichen Bundesländern in das Intercity-Netz und ein Anschluß Berlins an das geplante europäische Hochgeschwindigkeits-Zugnetz können hier Abhilfe schaffen. Zum zentralen Bahnhof im Schnittpunkt der Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen ist der Lehrter Bahnhof auszubauen. Für den regionalen Bahnverkehr mit dem Umland ist die Elektrifizierung der Strecken innerhalb des Eisenbahnringes

## VERKEHR

ebenso notwendig, wie ein Verkehr im S-Bahn-Takt. Dann werden in diesem Raum keine neuen S-Bahn-Trassen gebraucht.

Der steigende Flugverkehr ist auf den vorhandenen Flughäfen nicht zu bewältigen. Sie sind weder für die Zahl der Flüge, noch für moderne Großraumflugzeuge gebaut. Berlin braucht deshalb zusätzlich einen neuen Großflughafen südlich der Stadt. Die Planung muß sofort beginnen. Für die Zwischenzeit muß Schönefeld so ausgebaut werden, daß Großraumflugzeuge dort abgefertigt werden können. Der innerstädtische Flughafen Tegel sollte nur noch den nationalen Flugverkehr mit besonders lärmarmen Flugzeugen aufnehmen. Die Flughäfen brauchen schnellstmöglich einen Schnellbahn-Anschluß.

## **SOZIALES**

### **Die soziale Absicherung - Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben in Freiheit**

Soziale und materielle Sicherheit sind unerlässlich für ein Leben in freier Selbstbestimmung. Daher gehört der Einsatz für die Sicherung und Verbesserung der materiellen Voraussetzungen zum liberalen Verständnis von Freiheit. Sozialverpflichtung und Solidarität müssen sich gerade auch im staatlichen Handeln erweisen und können nicht nur in den persönlichen Bereich abgeschoben werden. Liberale bekennen sich zu einer so verstandenen Solidarität als Anspruch des Einzelnen an die Gesellschaft. Der allumfassende Versorgungsstaat aber, der alles regeln und reglementieren will, widerspricht unserem Verständnis einer freien Gesellschaft. Die staatliche Unterstützung darf auch nie zur reinen Almosenverteilung werden, sondern hat stets Hilfe zur Selbsthilfe zu sein, wenn der Einzelne sich nicht mehr allein helfen kann. Die Liberalen unterstützen daher jede Eigeninitiative, die geeignet ist, Notlagen zu beheben, finanzielle Abhängigkeiten vom Staat zu beseitigen und maximale Selbstverwaltung und Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Wichtigste sozialpolitische Aufgabe ist die verstärkt stattfindende Ausgrenzung sozial Unterprivilegierter zu stoppen. Teile der Bevölkerung, Mindestrentner, Niedriglohnpfänger oder Langzeitarbeitslose, sind oft kaum noch in der Lage in ausschließlich persönlicher Verantwortung die lebensnotwendige Versorgung sicherzustellen. Das Schlagwort von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" droht Realität zu werden, erst recht, wenn im vereinigten Deutschland die Zahl derer, die nur unzureichende Mittel für den Lebensunterhalt haben, zumindest vorübergehend steigt. Derartige Not schränkt die individuelle Freiheit ein bzw. verhindert sie ganz. Diese in Not geratenen Menschen bedürfen der gesellschaftlichen Hilfe, um wieder ein Leben in Selbstverantwortung führen zu können. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen darf nicht zu Lasten der Sozialpolitik gehen; gleichwohl bleiben solide öffentliche Haushalte die Voraussetzung praktikabler Sozialpolitik. Deshalb wollen Liberale lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramme sind verstärkt weiterzuführen. Solche weiterqualifizierenden Programme, die vor allem Langzeitarbeitslosen neue Arbeit bieten sollen, sind durch die befristete Übernahme von Lohnkosten zu unterstützen.

### **Sozialhilfe als Garantieeinkommen - Betreuung, nicht Beschnüffelung**

Im System der Sozialhilfe sind Vereinfachungen und grundlegende Änderungen vorzunehmen. Eine Entwicklung des Alimentationssystems "Sozialhilfe" in Richtung auf ein garantiertes Mindesteinkommen ist anzustreben. Dabei sind leistungssteigernde Anreize gut zu integrieren, so daß diese Änderung kostenneutral umsetzbar ist. Das Sozialamt ist von formal-verwaltenden Aufgaben zugunsten der betreuenden zu entlasten. Eine soziale Betreuung sollte möglichst in der vertrauten Umgebung stattfinden. Die Unterbringung in externen Einrichtungen ist teurer, weniger menschenfreundlich und führt zu sozialer Entwurzelung. Die Sozialstationen sind zu erhalten und weiter auszubauen. Die Hilfe durch Selbsthilfeorganisationen hat Vorrang vor der Betreuung durch behördliche Einrichtungen zu haben.

### **Behinderte dürfen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden**

Hilfe durch Selbsthilfe hat auch in der Behindertenpolitik Vorrang. Normalfall der Gesellschaft hat der integrative Umgang mit Behinderten zu sein. Der integrative Unterricht ist zum Regelfall zu machen. Öffentliche Gebäude müssen Behinderten ebenso zugänglich sein wie öffentliche Verkehrsmittel. Solange Busse und Bahnen dieser Forderung noch nicht entsprechen, ist das Telebus-System notwendig. Dessen Quasi-Monopol soll aber wegfallen. Die Beförderungsgutscheine müssen frei verwendbar sein, nur jährlich beantragt werden und verrechenbar sein. Baupolizeiliche und feuertechnische Vorschriften sind auf ihren Sinn und ihre Behindertenfreundlichkeit zu prüfen. Bei Neu- und Erneuerungsbau von Kreuzungen sind die Bordsteine abzusenken. Die Förderung im sozialen Wohnungsbau ist darauf zu richten, daß ein bestimmter Anteil der Wohnungen behindertengerecht erstellt wird. Dieser Anteil soll höher sein als der Anteil der Behinderten an der Gesellschaft. Der integrative Umgang gilt auch für geistig und psychisch Behinderte. Geschlossene Abteilungen und Häuser sind zugunsten therapeutischer Wohngemeinschaften und betreuten Einzelwohnens zu vermindern. Dabei ist eine An-

bindung an Krankenhäuser möglich, aber nicht zwingend. Für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Hirn-Unfallopfern ist der Personalbestand so zu erhöhen, daß das Ziel Therapie statt bloßer Verwahrung erreichbar wird. Jede Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung ist regelmäßig durch externe Fachleute zu überprüfen. Dabei soll die schützende Komponente vor der normierenden den Vorrang haben.

### **Gesundheit - Versorgung aufrechterhalten und Standard verbessern - Kosten durchschaubar machen**

Die mit der Vereinigung Deutschlands und Berlins entstehenden Kosten der Gesundheitsunion sind weder von den Krankenversicherungsträgern noch vom Land Berlin zu tragen. Um ein zunehmendes Überwecheln von Patienten zu Medizineinrichtungen im Westteil der Stadt zu verhindern, ist das Gesundheitssystem im Ostteil unserer Stadt und den östlichen Bundesländern deutlich zu verbessern. Die Berliner Liberalen fordern daher ein überwiegend aus Bundesmitteln zu finanzierendes Krankenhaus-sanierungsprogramm für den Ostteil unserer Stadt. Das sich in den östlichen Bundesländern entwickelnde freiberufliche Ärztesystem ist durch staatliche Rückbürgschaften zu fördern. Ärzten, die selbstständig praktizieren wollen, gilt die besondere Unterstützung der Liberalen.

Die Übernahme des bundesdeutschen Krankenkassensystems erfordert wegen der geringeren Durchschnittsverdienste in den östlichen Bundesländern eine Übernahme der Differenzbeträge durch die Staatskasse. Vor allem gilt dies für eine gemeinsame AOK Berlin, deren Beiträge sonst eine nicht mehr hinnehmbare Höhe erreichten. Die Gesundheitsunion sollte aber auch Anlaß sein, eine stärkere Kostentransparenz zu erreichen. Die Eigenverantwortung der Versicherten ließe sich dadurch ebenso steigern wie die Effizienz des Gesundheitswesens.

Das in der ehemaligen DDR bestehende System von Polikliniken und Ambulatorien sollte mit privatwirtschaftlicher Leitung für eine Übergangszeit zur Sicherung der medizinischen Versorgung erhalten bleiben. Die duale Finanzierung der Polikliniken soll ausgeschlossen sein. Diese Gesundheitseinrichtungen können aber auch längerfristig eine Bereicherung des Wettbewerbs mit den niedergelassenen Ärzten darstellen, Chancengleichheit ist dabei jedoch unabdingbar. Organisieren ließen sich solche Institutionen beispielsweise genossenschaftlich oder als Sozietät. Ambulatorien und Polikliniken können die interdisziplinäre, ambulante Versorgung sicherstellen und oft auch verbessern. Außerdem können sie eine zentrale Funktion bei Gesundheitsaufklärung und Prophylaxe übernehmen.



## **FAMILIE UND FRAU**

### **Familie - vom Staat anerkannt, aber zu schlecht honoriert**

Für die Liberalen sind Familien- und Erwerbsarbeit gleichwertig. Männer und Frauen, die den Schwerpunkt ihrer Lebensgestaltung auf Familienarbeit und Erziehung legen, sind heute im beruflichen Fortkommen und der Rentenversorgung benachteiligt. Um diese Nachteile auszugleichen, ist das Rentenrecht umzugestalten. Um die Situation der Familie allgemein zu verbessern, muß das Steuerrecht Erziehungsleistungen stärker berücksichtigen und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungswidrigkeit des zu niedrigen Steuerfreibetrages für Kinder umgehend Rechnung tragen. Das Ehegattensplitting ist in ein Familiensplitting umzuwandeln. Das Erziehungsgeld ist zu erhöhen. Der Abbau von Hort- und Kitaplätzen in den östlichen Bundesländern muß gestoppt werden. Der Staat muß die Garantie dafür übernehmen, daß für jedes Kind ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Dabei ist die Idee der Betriebskindergärten, einer Kinderbetreuung, die mit Berufstätigkeit der Eltern besonders leicht zu vereinbaren ist, wiederzubeleben und auch im Westen stärker zu berücksichtigen. Um eine wirklich freie Wahl zwischen Familie und Beruf zu ermöglichen, ist das Angebot an Teilzeitbeschäftigungen mit besserer sozialer Absicherung zu erweitern. Die Öffnungszeiten von Geschäften, Behörden und Dienstleistungseinrichtungen sind zu flexibilisieren. Dies ermöglicht auch flexiblere, d.h. familienfreundlichere, Arbeitszeiten, was besonders Alleinerziehenden zugute kommt.

### **Den Alten ein Leben ermöglichen, wie wir alle es morgen führen wollen**

Liberaler halten das gemeinsame Leben und Wohnen verschiedener Generationen für eine persönlich und gesellschaftlich sinnvolle Lebensform. Für sie hat daher das Altwerden in der Familie Vorrang vor einem Umzug in ein Heim. Eine wirksame Hilfe gegen Isolierung und Einsamkeit im Alter zu bieten, kann keine Verwaltungsaufgabe sein. Dies ist ein Gebiet für private Initiativen und für Selbsthilfe. Um eine Betreuung im privaten Rahmen sicherzustellen, ist diese stärker zu unterstützen. Pflegezeiten sind im Steuer- und Rentenrecht zu berücksichtigen. Pflegehilfen und Urlaubsvertretungen sollten steuerlich absetzbar sein.

Den älteren Menschen muß geholfen werden, möglichst lange in einer eigenen Wohnung leben zu können. Dazu ist u.a. der Bau altengerechter Wohnungen zu fördern. Die Förderung im sozialen Wohnungsbau könnte von der Errichtung eines bestimmten Anteils altengerechter Wohnungen abhängig gemacht werden. Aber auch wenn eine Unterbringung außerhalb des Familien- oder Freundeskreises notwendig ist, darf keine Entmündigung stattfinden. Die Rechte von Heimbeiräten sind zu stärken. Die regelmäßige Kontrolle von Alten- bzw. Altenpflegeheimen ist zu verstärken, um ein menschenwürdiges Alter zu gewährleisten.

### **Gleichberechtigung der Geschlechter - vom Verfassungsanspruch zur Wirklichkeit machen**

Liberaler erstreben ein gleichberechtigtes, auf Selbstverwirklichung gerichtetes Zusammenleben der Geschlechter und Generationen. Für eine echte Gleichstellung der Geschlechter auf rechtlichem, sozialem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet sind noch zahlreiche Anstrengungen zu unternehmen, bis Frauen nicht nur über Familie und Kindererziehung mitentscheiden, sondern auch in Politik und Wirtschaft. Zwar kommt der Familie in unserer Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Sie beruht auf Partnerschaft, gegenseitiger Hilfe und gemeinsamer Lebensgestaltung. Liberaler respektieren jedoch alle Lebensgemeinschaften als Ausdruck der freien Entscheidung über die Art des Zusammenlebens. Sie fordern daher die volle rechtliche Gleichstellung aller Lebensgemeinschaften ohne Ansehen des Geschlechtes der Partner, z.B. bei der Wohnungsvergabe. Rechtsfolgen dürfen aber für die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft nicht zwangsweise eintreten. Die Partner müssen die freie Entscheidung über die Rechtsverbindlichkeit ihrer Beziehung haben. Der Staat hat dieses Votum zu akzeptieren. Im übrigen ist der § 175 aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

## FAMILIE UND FRAU

### **Frauenförderung - Weg, einer Mehrheit zu ihrem Recht zu verhelfen**

Die Frauenförderpläne sind weiterzuentwickeln, um auch im Berufsleben eine Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern zu erreichen. Diese Förderung darf die Männer nicht zugunsten starrer Quoten benachteiligen, sondern soll bestehende Diskriminierungen aufheben. Diesem Ziel können auch spezielle Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote dienen. So ist der Schritt in die unternehmerische Selbständigkeit durch Frauen besonders zu unterstützen. Auch der Erziehungsurlaub, der für Väter und Mütter gleichermaßen denkbar sein sollte, kann der Weiterbildung dienen. Der Wiedereinstieg nach dem Erziehungsurlaub sollte besonders gefördert werden.

Um dem Grundgesetzgebot auf Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen verstärkt Geltung zu verschaffen, ist ein Gleichstellungsgesetz zu verabschieden. In diesem sind die Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten festzuschreiben. Deren Kompetenzen sollten weiterreichen als dies bei der Frauenbeauftragten derzeit der Fall ist.

Die Berliner Frauenhäuser sind zu erhalten und vor allem im Ostteil unserer Stadt in angemessener Zahl neu zu schaffen. Zufluchtswohnungen für Mütter mit Kindern können eine ähnliche Funktion übernehmen.

### **Schwangerschaftsabbruch - ein Lebenskonflikt für die Frau - ein Fall für Beratung statt Strafe**

Grundwert liberaler Haltung ist die freie Selbstbestimmung jedes Menschen. Sofern eine Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch nicht erreichbar ist, befürworten die Liberalen die Übernahme der Fristenlösung in den § 218. Diese ist um das Recht auf Beratung zu ergänzen.

Wenn eine Frau ihren Partner benennt, setzt für beide eine Beratungspflicht ein. Diese kann getrennt wahrgenommen werden. Der Frau ist ein Schwangerschaftsabbruch auch möglich, wenn sich der Partner weigert, die Beratung aufzusuchen. Sollte eine Frau wegen eines Schwangerschaftsabbruches verfolgt werden, unterliegt auch der Mann der Strafnorm des Gesetzes.

# REGIONALPLANUNG

## Berlin und seine Region

Berlin ist nicht mehr entfernte Insel im feindlichen Meer und Vorposten westlicher Lebensart im staatssozialistischen Umfeld. Berlin ist wieder eine große Stadt mit Umland. Dies erfordert neues Denken für die Stadtentwicklung. Der Flächennutzungsplan des Jahres 1988, aufgestellt für nur eine Hälfte der Stadt und unter politischen Bedingungen, die heute der Vergangenheit angehören, kann nicht mehr als Grundlage für die langfristige Planung und Entwicklung Berlins dienen. Neues Wachstum durch Verflechtung der beiden unterschiedlichen Stadthälften und eine organische Einbettung der Gesamtstadt in ihre Region sind zu meistern. Von zur Zeit ca. 4,3 Mio. Menschen im Großraum wird Berlin in den nächsten zehn Jahren auf mindestens 5 Mio. Einwohner anwachsen.

Vordringliche Aufgabe der Stadt- und Regionalentwicklung wird demnach sein, Bauflächen für die Errichtung von mehr als 25.000 Wohnungen und für mehr als 12.000 Arbeitsplätze pro Jahr zu erschließen. Hierzu bedarf es schnell greifender Planungskonzepte und -instrumente, die dann durch Initiative und Kreativität Einzelner ausgefüllt werden können.

## Nicht auf einen neuen Flächennutzungsplan warten - Liberale für Entwicklungspläne jetzt

Ein neuer Flächennutzungsplan scheidet aus Zeitgründen als Instrument aus; deshalb fordern die Liberalen unverzüglich Stadtentwicklungspläne für Verkehr, Gewerbe und Wohnen einschließlich benötigter Infrastruktur, sowie einen vorläufigen Bauleitplan für den Ostteil unserer Stadt. Unabdingbar ist darüber hinaus ein Sportstättenentwicklungskonzept, das Olympische Spiele alsbald möglich macht. Darüber hinaus ist ein Raumordnungsplan gemeinsam mit dem Land Brandenburg für die Groß-Region Berlin zu entwickeln. Eine schlüssige Planung ist durch Vertrag zwischen den Ländern Brandenburg und Berlin abzusichern. Darin sollen ein Wirtschaftsstrukturkonzept mit Standortplanung, ein Generalverkehrsplan, ein Landschafts- und Naturschutzkonzept sowie ein Umweltschutzschwerpunktprogramm festgelegt werden.

## Entwicklungsschwerpunkte - nicht Entwicklungsachsen

Das eindimensionale, künstliche Entwicklungsmodell des rot/grünen Senats halten die Liberalen für verfehlt: Der Entwicklungsdruck auf die Bereiche zwischen den "Entwicklungsachsen" wird auf Dauer zu einer vollständigen Zersiedlung und Verdichtung des gesamten Umlands führen. Dem setzen die Liberalen das Konzept der Weiterentwicklung von Entwicklungsschwerpunkten entgegen. Die Stärkung der kleinen Städte im Umfeld Berlins ist dabei das Ziel, denn Liberale setzen auf Dezentralisierung und Selbstorganisation im groben Rahmen eines abgestimmten Konzeptes. Vorrangige Entwicklungsschwerpunkte sind Nauen und Potsdam im Westen, Oranienburg und Bernau im Norden, im Osten Strausberg und im Süden Königswusterhausen, Ludwigsfelde und Zossen.

Ziel einer liberalen Entwicklungsplanung für Berlin ist jedoch nicht, den benötigten Wohnraum für die Berliner überwiegend im Umland zu schaffen. Schwergewicht des Wohnungsneubaus muß innerhalb der Stadtgrenzen sein. Zersiedlung muß verhindert, die Erhaltung der innerstädtischen Urbanität gewährleistet sein. Innerhalb des S-Bahn-Ringes muß mehr städtische Verdichtung erreicht werden. Das Angebot an Büro- und Dienstleistungsgewerbeflächen ist neben innerstädtischem Wohnen zu erhöhen. Damit werden ein sparsamer Umgang mit Grund und Boden bei gleichzeitiger Verminderung des Individualverkehrs ebenso erreicht, wie die bestmögliche Vernetzung unterschiedlicher städtischer Funktionen.

## Keinen Platz verschenken - Verkehrsflächen durch Überbauung doppelt nutzen

Untergenutzte Gewerbe- und Lagerflächen, aber auch manche Kleingartenflächen gehören nicht in den inneren Bereich einer zukünftigen Dienstleistungs-Metropole. Zahlreiche Verkehrsflächen, so die Bereiche Westkreuz, Gleisdreieck, Halensee, Lehrter Straße und Nordbahnhof, und die meisten innerstädtischen Güterbahnhofsflächen, bieten sich zur Doppelnutzung durch Überbauung an. In dem Maße, in dem Wasserstraßen für innerstädtisches Gewerbe an Bedeutung verlieren, ist die Umwid-

## REGIONALPLANUNG

ung entsprechender Bereiche, zum Beispiel am Westhafen, für Wohnen, Dienstleistung und Freizeit möglich.

### **Militärübungen - aus Berlin verlagern**

Mit dem Wegfall der statusrechtlichen Einschränkungen sind militärische Übungen auf Anlagen im Umland zu verlegen. Schon jetzt muß sichergestellt werden, daß nach dem Abzug der alliierten Truppen aus Berlin die freiwerdenden Militärobjekte einer zivilen Verwendung oder, bei Nutzung durch die Bundeswehr, einer die Anwohner nicht belastenden Verwendung zugeführt werden.

# U M W E L T

## **Umweltschutz - Schutz der Lebensgrundlagen des Menschen**

Ein menschenwürdiges Leben für unsere eigene Zukunft und für kommende Generationen ist nicht denkbar, wenn die Menschheit fortfährt, ihre eigenen Lebensgrundlagen zu verseuchen und zu zerstören und die natürlichen Rohstoffreserven bedenkenlos bis zur Neige auszubeuten. Die Freiheit des Einzelnen, für die Liberale konsequent eintreten, findet ihre Grenze dort, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird; sie muß erst recht ihre Grenze finden, wo Leben und Gesundheit anderer und die natürlichen Lebensgrundlagen aller in Gefahr geraten. Die von unserer Zivilisation ausgehende Belastung der Umwelt trifft nicht erst kommende Generationen. Eine wachsende Zahl unserer Mitbürger leidet schon heute an Krankheiten, die auf Luftverschmutzung, Verseuchung von Wasser und Boden, auf umwelt- und menschenfeindliche Produktionsmethoden und -stoffe und auf Lärm zurückgehen.

Der Staat, der die Freiheiten jedes Einzelnen zu schützen hat - auch gegen den Mißbrauch von Freiheit durch andere - muß deshalb zur Erhaltung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle mit Gesetzen, Verordnungen und eigenem Handeln Maßstäbe setzen, die den größtmöglichen Schutz der Umwelt gewährleisten. Die F.D.P. hat in dieser Erkenntnis als erste Partei schon 1971 - lange bevor Grüne und Alternative politisch wirksam wurden - ein Umweltschutzprogramm erarbeitet. Unter der Verantwortung liberaler Umweltminister entstanden die wichtigsten Gesetze zur Reinhaltung der Luft und des Wassers, zur Beseitigung und Verwertung von Abfällen, zur Zulassungspflicht für Chemikalien und zum Schutz der Natur. Die F.D.P. hat als erste Partei für den Umweltschutz Verfassungsrang gefordert. Gegen alle technologiefeindlichen Einstellungen von Öko-Ideologen sind die Liberalen dabei der Auffassung, daß der verantwortungsvolle Einsatz moderner Technologien ein wichtiger Weg ist, die Umwelt zu schützen und zu entlasten.

Daß Umweltschutz eine dringende Aufgabe des Staates ist, kann aber den einzelnen Bürger nicht aus der Verantwortung entlassen. Jeder Einzelne ist in seinem Verhalten für die Umwelt mitverantwortlich. Wer die Umwelt in Anspruch nimmt, ist auch für die Folgen ihrer Belastung verantwortlich. Für Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Beseitigung von Umweltbelastungen trägt der Nutznießer der Umwelt als Verursacher die erforderlichen Kosten. Der beste Umweltschutz besteht darin, durch politische Phantasie und Gestaltungskraft konsequent dafür zu sorgen, daß sich umweltfreundliches Verhalten lohnt, umweltfeindliches aber sofort teuer wird.

## **Ballungsraum Berlin - Belastung für die Natur - Chance für konsequente Umweltschutzkonzepte**

Wo in Ballungsräumen wie Berlin Millionen von Menschen leben, leidet die Natur. Die große Ansammlung von Menschen verbraucht Unmengen an Energie, Rohstoffen und Wasser, sie bringt Unmengen an Abfall, Abwasser, Lärm und Luftverschmutzung mit sich. Die Natur, die in der Selbstreinigung im kleinen Maßstab Stauenswertes vollbringt, kann doch die Belastung durch große Massen nicht bewältigen. Sie stirbt, wenn der Mensch ihr nicht hilft.

Die Chance der Großstadt liegt darin, daß konsequente Umweltschutzkonzepte hier wirtschaftlicher verfolgt werden können, als auf dem flachen Lande. Kläranlagen, Müllentsorgung, Recycling und Energieeinsparung sind in einem dichtbesiedelten Gebiet billiger und konsequenter zu verwirklichen, als in einem dünnbesiedelten.

## **Energie und Wärme - zum Schutz der Luft sauber erzeugen, koppeln und sparen**

Die stärksten Umweltbelastungen stehen in den Industrieländern im Zusammenhang mit der Gewinnung verschiedener Energieformen. So stammt die mit Abstand größte Belastung der Luft aus dem Verbrauch von Kohle und Erdöl. Das wirkungsvollste Umweltschutzprogramm ist deshalb nach Auffassung der Liberalen ein Energiesparprogramm. Was wir brauchen, ist eine Vielfalt von Anreizen zum Energiesparen. Zur Einsparung von Energie muß vor allem die bestehende Wärmeschutz-Verordnung besser vollzogen, aber auch verschärft werden. Der Wärmedämmung von Altbauten kommt dabei große Bedeutung zu. Auch durch Kreditgewährung für Energiesparmaßnahmen und durch Änderungen

im Mietrecht, die den Mietern größeren Einfluß auf Energiesparmaßnahmen geben, kann hier helfen werden.

Große Mengen an Energie, die Berlin verbraucht, werden in Kraftwerken gewonnen. Ihre Wärme über Kühltürme an die Luft oder durch Einleitung von Kühlwasser in Kanäle und Flüsse einerseits an die Umwelt abzugeben und andererseits zur Heizung von Häusern oder zur Erzeugung von Wärme für die Produktion in Industriebetrieben dann noch einmal Wärme zu erzeugen, ist eine nicht mehr zu vertretende Verschwendung von Rohstoffen und eine völlig unnötige Doppelbelastung der Luft. Kraftwerksabwärme, die Abwärme aus Industriebetrieben und aus der Müllverbrennung müssen deshalb konsequent als Fernwärme zur Heizung und zur Warmwasserbereitung genutzt werden. Im gesamten Kernbereich von Berlin müssen alle Wohnungen und öffentlichen Gebäude an Fernwärmeversorgung angeschlossen werden. Modernste Technologien müssen vor allem in Kraftwerken und anderen Großfeuerungsanlagen eingesetzt werden, um den Kohleverbrauch zu verringern und eine weitestgehende Entschwefelung und Entstaubung der Abgase zu gewährleisten.

Daß Energie gespart und umweltfreundlich erzeugt wird, ist wichtiger, als die Frage, wer sie erzeugt. Staatliche Stromerzeuger, die auch das Stromnetz betreiben, sind meist wenig daran interessiert, daß andere Strom selbst erzeugen und bei Überschuß ans Netz liefern. Die Trennung von Stromerzeugung und Betrieb des Stromnetzes in verschiedene Unternehmensbereiche ist deshalb für die Berliner Stromversorgung anzustreben. Auch die Bedingungen, zu denen von Kleinerzeugern gelieferter Strom vom Netzbetreiber übernommen und weitergeleitet wird, müssen verbessert werden.

### **Wasser sparen - Bodenversiegelung stoppen - Abwässer reinigen - Gewässer schützen**

Weit weniger als die Luftverschmutzung ist bisher in das Bewußtsein der Menschen gedrungen, daß sauberes Wasser - unser Lebensmittel Nr. 1 - schon jetzt kaum mehr verfügbar ist. Die meisten Berliner verwenden Wasser, als seien die Brunnen unerschöpflich und das Wasser ohne Wert, weil sie die Kosten dafür - jedenfalls als Mieter - nicht sehen. Eine Änderung des Mietrechts muß hier eine verbrauchsabhängige Kostenumlage für das Trinkwasser herbeiführen; Investitionen in Wasserspareinrichtungen müssen ebenso begünstigt werden, wie solche zur Wärmedämmung.

Weil das Trinkwasser in Berlin überwiegend aus Grundwasser gewonnen wird, müssen wir unsere Grundwasservorräte erhalten und dafür sorgen, daß genügend Regenwasser im Boden versickern kann. Nicht nur Häuser, auch Straßen, Gehwege, Höfe sind zumeist wasserdicht zugedeckt. Je mehr Flächen jedoch so versiegelt sind, desto mehr Regenwasser kommt - vermischt mit Straßenschmutz - über die Kanalisation in unsere Gewässer, statt das Grundwasser zu vermehren. Unnötig zubetonierte und zuasphalтиerte Flächen müssen deshalb wieder wasserdurchlässig gemacht werden, möglichst wenig Boden darf neu versiegelt werden. Dazu fordern die Liberalen eine Bodenverbrauchsabgabe, die für jeden versiegelten Quadratmeter zu bezahlen ist und für jeden wieder entsiegelten Quadratmeter zurückgezahlt wird. Neue Bodenversiegelung soll möglichst auf das beschränkt werden, was zum Schutz des Untergrundes vor Schadstoffen erforderlich ist. Zum Schutz des Grundwassers müssen lückenlos alle Wohneinheiten und Gewerbegebäude an die Kanalisation angeschlossen werden, schadhafte Abwasserleitungen - vor allem auch im Ostteil der Stadt - sind instandzusetzen. Zum Schutz des Grundwassers müssen auch die Heizöltanks in Privathaushalten regelmäßig (z.B. durch entsprechend qualifizierte Schornsteinfeger oder Wartungsfirmen) überprüft werden. Die Liberalen fordern außerdem eine Bodenschutz-Haftpflichtversicherungs-Pflicht, weil der einzelne Verursacher meist nicht in der Lage ist, die hohen Kosten einer Bodensanierung zu bezahlen.

Unsere Gewässer sind mit wenigen Ausnahmen hochbelastet durch Nähr- und Schadstoffe. Um sie hiervon zu befreien, ist jede Einleitung von ungeklärtem Abwasser zu unterbinden. Entlang besonders zu schützender Gewässer sind Schutz- und Pufferzonen ohne gewässergefährdende Nutzung zu schaffen. Vor allem sind die Abwässer noch besser zu reinigen und die bestehenden Kläranlagen vollständig mit einer 4. Reinigungsstufe zur Entfernung von Stickstoffverbindungen auszurüsten. Wo gut ausgerüstete Kläranlagen noch Abwasser aufnehmen können, muß dies für Grubenabfuhr aus dem nahen

## U M W E L T

Umland genutzt werden. Für eine nachgehende biologische Reinigung von Abwässern, die in Kläranlagen vorgereinigt sind, sollen zunächst auch Rieselfelder benutzt werden, vollständig gereinigte Abwässer sollen großflächig versickert werden, um das Grundwasser anzureichern.

Mehr Regenwasserrückhalte- und Absetzbecken müssen gebaut werden, damit weniger Straßenschmutz über die Regenwasserkanäle in die Gewässer kommt. Weitere Wasser- und Röhrichtschutzgebiete, Sperrgebiete, Geschwindigkeitsbeschränkungen und TÜV-Überwachung für motorgetriebene Wasserfahrzeuge müssen zur Erholung der Gewässer ebenso beitragen, wie Entsorgungseinrichtungen für Bilgenwasser und Bootstoiletten an jeder Liegeplatzanlage. In einem Gewässerreinhalteplan sind die einzelnen Maßnahmen zusammenzufassen.

### **Müll - vermeiden, wiederverwerten, umweltschonend beseitigen, zur Energieerzeugung nutzen**

Absoluten Vorrang bei der Bewältigung der Müllberge, die unsere Zivilisation hervorbringt, hat die Vermeidung von Abfällen. In zweiter Linie kommt es dann darauf an, wiederverwertbare Stoffe auch der Wiederverwertung zuzuführen. Die Müllabfuhr muß durchgängig auf getrennte Einsammlung von Papier-, Glas-, Metall-, Kunststoff- und sonstigen Abfällen umgestellt werden. Die getrennte Abfuhr muß für den Verbraucher billiger werden als die vermischte, die Verbindung von Müllmenge und Abfuhrpreis muß enger geknüpft werden. Sonderabfahren für Chemikalien, Farben, Batterien, Medikamente und Sperrmüll müssen zur unschädlichen Vernichtung solcher Abfälle beitragen. Neue Müllschluckanlagen in Wohnanlagen müssen entsprechend verändert gebaut werden. Die ordnungsgemäße Wiederverwertung oder Beseitigung von Autowracks und Altreifen muß besser überwacht werden.

Die Liberalen treten für eine Kennzeichnungspflicht von Waren und Verpackungen ein, damit der Verbraucher erkennen kann, ob ein Gegenstand, mit dem er umgeht, umwelt- oder gesundheitsgefährdende Bestandteile enthält. Zusammen mit einer Rücknahmeverpflichtung des Handels für Verpackungen ist durch Pfand dafür zu sorgen, daß vor allem schadstoffhaltige Verpackungen nicht in den Hausmüll kommen und wiederverwertbare Verpackungen auch wieder verwertet werden.

Was nicht wiederverwertbar ist, muß möglichst unschädlich beseitigt werden. Brennbare Abfälle sind in modernen Anlagen umweltschonend zu verbrennen und die frei werdende Energie zur Wärme- und Elektrizitätsversorgung zu nutzen. Was auch nicht verbrannt werden kann, muß in grundwasserdichten Deponien gelagert werden. Die bestehenden Deponien müssen auf ihre Dichtigkeit überprüft und, wo nötig, saniert werden.

### **Naturschutz - Schutz der Erholungsmöglichkeiten für Natur und Menschen**

Die hervorragenden Erholungsmöglichkeiten in der nahen Umgebung sind Anziehungspunkt für viele Berliner. Auf Dauer ist eine Erholung in der Natur aber nur möglich, wenn das empfindliche Gleichgewicht der Natur sich auch wieder vom Menschen erholen kann. Naturschutzgebiete, vor allem größere zusammenhängende Gebiete naturnaher Landschaft, müssen daher in einem überregionalen Naturschutzkonzept gesichert werden. Die besonders empfindlichen Bereiche, wie Gewässerrandstreifen und Mooregebiete sind besonders zu schützen und durch räumliche Pufferzonen von Gebieten zu trennen, die einer intensiven Nutzung durch Erholungssuchende dienen.

Das Waldsanierungsprogramm muß weitergeführt, auf das Befahren von Wald- und Feldwegen mit Kraftfahrzeugen verzichtet werden. Besondere Aufmerksamkeit muß dem Grün an den Nahtstellen zwischen Stadt und Land und dem Baumbestand der alten Alleen ins Umland gewidmet werden.

Die wertvolle Arbeit der Naturschutzverbände und einzelner Naturschützer sollte auch dadurch unterstützt werden, daß ihre Überlegungen bei Planungen und Genehmigungsverfahren der Verwaltung stärker einbezogen werden und von ihnen durchgeführte Projekte finanziell unterstützt werden. Für anerkannte Naturschutzverbände ist die Verbandsklage, in ihrer Wirkung aber auf Belange des Naturschutzes beschränkt, notwendig.

## **Rechtsstaatlichkeit für ganz Berlin - Grundbedingung der Freiheit**

Der mit unserer demokratischen Ordnung untrennbar verbundene freiheitliche Rechtsstaat ist ein Wert, den die Bürger Ostberlins jahrzehntelang schmerzlich entbehren mußten. Um so größer sind ihre Erwartungshaltung und ihr berechtigter Anspruch an einen Rechtsstaat, der nun auch für sie individuelle Freiheit, Verwirklichung der Bürgerrechte, sowie Schutz vor einem übermächtigem Zugriff des Staates und ungezügelter gesellschaftlicher Einrichtungen garantieren soll. In der Erfüllung dieses Anspruchs und der uneingeschränkten Ausdehnung des Rechtsstaats auf das vereinte Berlin darf es keine Kompromisse geben.

## **Funktionsfähigkeit der Justiz - Schlüsselfrage des Rechtsstaats**

Grundlegende Voraussetzung für einen funktionierenden Rechtsstaat ist eine funktionierende Justiz mit qualifizierten und demokratisch legitimierten Richtern und Staatsanwälten. In kürzester Zeit muß daher eine Vermehrung der Stellen für Richter, Staatsanwälte und das übrige Justizpersonal erreicht werden, die der anfallenden Arbeit im vereinten Berlin voll entspricht. Wer dieses Problem nur halbherzig löst, der enttäuscht die Bevölkerung im ehemaligen Ostberlin in ihrer berechtigten Erwartung und verwehrt den Rechtsschutz, der im Westteil der Stadt in den letzten Jahren schon zunehmend durch unzumutbar lange Terminstände und Bearbeitungszeiten beschränkt wurde.

Die Notwendigkeit, möglichst schnell zusätzliche Richter und Staatsanwälte einzustellen, darf aber nicht zu einer ungeprüft großzügigen Weiterbeschäftigung des Justizpersonals der ehemaligen DDR führen. So wie auf der einen Seite die Justiz einer der wichtigsten Pfeiler des Rechtsstaats ist, so ist auf der anderen Seite in einem diktatorischen Unrechtsstaat die Justiz - zumindest in Teilen - eine wesentliche Stütze des Systems. Die Übernahme von Richtern und Staatsanwälten aus der ehemaligen DDR in den Justizdienst im vereinten Berlin darf daher nur in eng umgrenzten Fällen geschehen, in denen nach eingehender und strenger Überprüfung kein Zweifel an der fachlichen, vor allem der persönlichen Qualifikation besteht und die individuelle politische Vergangenheit in der DDR einer Tätigkeit im demokratischen Rechtsstaat nicht entgegensteht. Das dunkle Kapitel der mißlungenen Vergangenheitsbewältigung in der Westdeutschen Justiz nach 1945 darf sich nicht wiederholen!

Es ist ferner erforderlich, daß die kommunistische Vergangenheit rechtsstaatlich aber auch konsequent strafrechtlich aufgearbeitet wird und die Opfer dieser Zeit nun bald rehabilitiert werden.

## **Den Verfassungsschutz besser an rechtsstaatliche Grundsätze binden**

Die rechtsstaatliche Ordnung hat in den vergangenen Jahren durch die Praktiken des Berliner Verfassungsschutzes wiederholt erheblichen Schaden erlitten. Diese Erfahrungen und die vom Bundesverfassungsgericht entwickelten Leitlinien zum Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung zeigen die Notwendigkeit auf, präzise gesetzliche Regelungen für Polizei und Verfassungsschutz einzuführen. Der Datenschutz in diesem Bereich muß sich an den bestehenden Vorschriften des Berliner Datenschutzgesetzes orientieren.

## **Eine neue Verfassung, ein einheitliches Recht - Wegbereiter einer gemeinsamen Zukunft**

Die neu gewonnene Einheit Berlins erfordert die Ausarbeitung einer Verfassung für ganz Berlin, die auf der geltenden Verfassung von Berlin aufbaut. Zum Schutz dieser Verfassung ist ein Verfassungsgericht und ein Landesverfassungsgerichtsgesetz zu schaffen. Die Verfassung sollte durch Volksentscheid in Kraft gesetzt werden.



# VERWALTUNG

## **Verwaltung - nicht Selbstzweck sondern Dienstleistung für den Bürger**

Für Liberale ist öffentliche Verwaltung Dienstleistungsbetrieb für den Bürger, nicht Obrigkeit. Der einzelne Bürger ist Auftraggeber der Verwaltung, König Kunde. Die Liberalen fordern deshalb einen einfachen, am Zweck ausgerichteten und für den Bürger durchschaubaren Aufbau der öffentlichen Verwaltung, also: so wenig Staat, wie möglich, nur so viel Staat, wie nötig. Zur Dienstleistung für den Bürger gehören dabei auch längere und flexiblere Öffnungszeiten der Behörden.

Die öffentliche Verwaltung in ganz Berlin ist gemessen an den Aufgaben und am Ergebnis zu groß, zu weit vom Bürger weg, und dadurch nicht effektiv. Nach der Vereinigung Berlins spätestens muß damit begonnen werden, die Verwaltung zu verkleinern, zu straffen und näher an den Bürger zu bringen. Eine klarere Abgrenzung der Entscheidungs- und Verantwortungsbereiche von Zentral- und Bezirksverwaltung ist durch Abschaffung von Doppelzuständigkeiten zu erreichen. Die einzelnen Mitarbeiter müssen mehr Verantwortung für ihr Handeln bekommen, Teamarbeit muß dafür sorgen, daß der Bürger auch dann einen Ansprechpartner findet, wenn der zuständige Sachbearbeiter nicht anwesend ist. Durch eine Trennung von Genehmigungs- und Vollzugsaufgaben können die Zentralverwaltungen übersichtlicher werden. Der Bürger hat das Recht auf klar definierte Zuständigkeiten. Die Bearbeitungsdauer von Anträgen und Vorgängen ist durch klare Fristsetzung zu verkürzen. Damit wird die Zusammenarbeit von Bürgern und Behörden beschleunigt und verbessert. Eine so gestaltete Verwaltungsreform muß auch zu einer deutlichen Senkung der Verwaltungskosten führen.

## **Aufgaben klar verteilen - Bezirke stärken - bürgernah verwalten**

Die bezirkliche Selbstverwaltung in Berlin gewinnt an Stärke nur durch Vergrößerung der Eigenverantwortlichkeit und der Entscheidungsbefugnisse der Berliner Bezirke. Auch hier gilt die liberale Regel: je mehr Sachverstand und Entscheidungsgewalt bürgernah vor Ort vorhanden ist, desto weniger Leerlauf kann sich entwickeln. Das bedeutet aber auch, daß mehr Stellen für Spitzenfachkräfte bei den Bezirken angesiedelt werden müssen, auch zu Lasten der Hauptverwaltung. Die Stärkung der Bezirke muß dem einzelnen Bürger sichtbar gemacht werden. Deshalb fordern die Liberalen die Trennung der Wahltermine für Landes- und Bezirksebene auf Dauer. Das Wahlverfahren zu den Bezirksverordnetenversammlungen muß in Zukunft dem Wähler die Möglichkeit lassen, ihm zustehenden Stimmen auf bestimmte Kandidaten zu konzentrieren und Kandidaten vom Wahlzettel zu streichen. Damit wird das Verhältnis von Bürgern zu ihren Bezirksverordneten persönlicher. Die Bezirksämter müssen zukünftig nach den gleichen Grundsätzen gebildet werden, die auch für die Berliner Regierung gelten, und nicht mehr aus allen Parteien besetzt, die eine Mindestanzahl an Bezirksverordnetensitzen erreicht haben. Nur dann nämlich kann der Bürger feststellen, wer für die Bezirksverwaltung politisch verantwortlich zu machen ist und eine sinnvolle Wahlentscheidung treffen.

## **Im vereinigten Berlin - Verwaltung nicht aufblähen sondern straffen**

Die Liberalen sehen in naher Zukunft Entscheidungsdruck für die Neugestaltung der Verwaltung im vereinigten Berlin. Hier liegen Chance und Gefahr dicht beieinander. Eine unkritische Übernahme der herkömmlichen Verwaltungspraxis im Westen für den Ostteil unserer Stadt wird vorhandene Unzulänglichkeiten verstärken. Die Liberalen wollen die Chance eines Neuanfangs nutzen und durch politische Entscheidungen im neuen Berliner Parlament die Straffung und Umgestaltung der Verwaltung durchsetzen. Eine zur Leistung entschlossene Verwaltung muß auch neue Wege zur Personalauswahl suchen, die ausschließlich nach Leistung entscheiden. Selbstverständlich müssen alle Stellen offen ausgeschrieben werden. Politisches Engagement steht auch den Staatsdienern zu und ist deshalb erwünscht, aber ein Parteibuch darf kein Ersatz für den Nachweis von Fähigkeit sein.

Verwaltung und Parlamente sind aufeinander angewiesen. Parlamente können aber ihre Kontrollfunktion nur dann sinnvoll wahrnehmen, wenn eine mißbräuchliche Verquickung von Amt und Mandat ausgeschlossen ist. Die Liberalen treten deshalb dafür ein, daß eine Tätigkeit in der Verwaltung und die Ausübung eines Mandats auf Landes- oder Bezirksebene nur dann gleichzeitig möglich ist, wenn Interessenkollisionen ausgeschlossen sind. Abgeordnete, die in ein Regierungsamt gewählt werden, müssen ihr Mandat niederlegen.

## **Kultur - fördern, nicht bevormunden**

Liberaler wollen Freiheit auch für die Kultur. Kunst und Kultur haben eine zunehmende Bedeutung für Selbstverwirklichung und Lebensgestaltung. Liberale sorgen dafür, daß die Bedingungen für Kunst und Kultur weiter verbessert werden. Sie schaffen Raum für neuartige und experimentelle Kulturformen. Die Liberalen unterstützen die Existenz freier Initiativen außerhalb der staatlichen Kultureinrichtungen. Denn auch eine finanzielle Abhängigkeit vom Staat schafft Unfreiheit. Eine Verwaltung, die Haushaltsmittel vergeben kann, neigt häufig dazu, auch auf die künstlerische Aussage Einfluß zu nehmen. Der Staat hat sich jedoch jeder Bevormundung zu enthalten und nicht zensierend in die Kultur einzugreifen. Die öffentliche Hand soll die Kultur zwar fördern, aber ihren Freiraum dabei nicht einschränken. Vor allem soll sie den Künstler und nicht die Kulturverwalter fördern.

Neben den öffentlichen Haushalten spielt das private Mäzenatentum eine zunehmend große Rolle bei der Gewährleistung von kultureller Vielfalt und künstlerischer Leistung. Dieses Engagement ist z.B. durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten zu unterstützen. Zur Bereicherung des Kulturangebots können private Theater einen wesentlichen Beitrag leisten. Für sanierungsbedürftige Theater im Ostteil der Stadt muß auch eine Privatisierung als Weg zum Erhalt genutzt werden.

Der Wegfall der Mauer läßt Berlin endgültig wieder zur internationalen Kultur-Metropole werden, die von Offenheit, Kreativität, Vielfalt und Wettbewerb geprägt ist. Die Vielfalt, die sich als Produkt der Spaltung Berlins ergab, ist als Chance zu begreifen und zu erhalten. Für die Kulturinstitutionen im Ostteil unserer Stadt ist eine Auffang-Finanzierungs-Stiftung zu bilden. Sie hat den Übergang in dezentrale Trägerschaften zu ermöglichen. Im Ostteil unserer Stadt sind zahlreiche Kultureinrichtungen und Gebäude zu erhalten, zu rekonstruieren und zu modernisieren. So sind die Deutsche Staatsbibliothek und zahlreiche Theater instandzusetzen und zu modernisieren. Auf der Museumsinsel sind die Rekonstruktionsarbeiten fortzusetzen. Diese instandgesetzten Museen sollten in den Bestand der Stiftung Preußischer Kulturbesitz integriert werden.

## **Vielfalt kommt aus Ost und West - Lebendigkeit aus dem Kiez**

Trotz dieses anerkannten Nachholbedarfs der Ostberliner Kultureinrichtungen ist die staatliche Förderung angemessen auf beide Stadthälften zu verteilen. Dazu sind die Zuwendungen für Ost und West gemeinsam festzulegen. Es darf keine einseitige Förderung der Institutionen in der alten Berliner Mitte zwischen Museumsinsel und Gropiusbau auf Kosten der dezentralen Kulturarbeit erfolgen. Denn die neue Lebendigkeit der Berliner Kulturlandschaft muß einerseits durch Spitzenkunst erhalten werden, andererseits beleben freie Gruppen die Kultur in den Bezirken. So fehlen gerade in den Neubaugebieten Kultureinrichtungen, wie zum Beispiel Kinos und Bühnen. Die Berliner Liberalen schlagen daher ein zeitlich befristetes Förderungsprogramm für die Ansiedlung von Kleintheatern, Kinos und Galerien in den Bezirken vor; dabei bevorzugen die Liberalen die Trägerschaft durch freie Initiativen oder Institutionen.

## **Kultur als Dialog**

Alle Bereiche der Kultur sollen einen wesentlichen Beitrag zum Prozeß des Zusammenwachsens der östlichen und westlichen Bundesländer leisten. In diesem Zusammenhang kommt Berlin eine hervorragende Rolle zu, die von keiner anderen Stadt übernommen werden kann. Kultur ist besonders geeignet, Vergangenheitsbewältigung zu ermöglichen und "Erinnerungsarbeit" zu leisten und kann in politischer Hinsicht identitätsbildend wirken.

Im internationalen Kontext erleichtert Kultur die Kontaktaufnahme mit anderen Staaten und das Verständnis für andere Lebensverhältnisse. Aus diesem Grund fordern wir, Kultur nicht länger als "Orchideen-Garten" der Politik zu begreifen, sondern sich ihrer Wirkung insbesondere auf Wirtschaft und Sozialstruktur bewußt zu werden.

## AUSLÄNDER

### **Weltoffenheit - Toleranz und Verständigung im Alltag, nicht nur in Sonntagsreden**

Berlin ist noch stärker als andere deutsche Städte durch eine Gesellschaft geprägt, in der Menschen verschiedener Kulturkreise zusammenleben. Diese Vielfalt von Minderheiten stellt dabei eine Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens dar, die kulturelle, geistige und Ideologische Verkrustungen verhindert. Die Liberalen bekennen sich zu einer offenen Gesellschaft. Die Offenheit einer Gesellschaft erweist sich aber gerade im Umgang mit Minderheiten, wie Ausländern, und mit Außenseitern. Intoleranz, Rücksichtslosigkeit, aber auch gut gemeinte Bevormundung widersprechen liberalen Prinzipien. Solche Verhaltensweisen verhindern einen fortdauernden, menschlichen Fortschritt. Den Liberalen genügt es daher nicht, Toleranz nur in Sonntagsreden zu beschwören. Der staatliche Umgang mit Minderheiten muß Aufklärung und aktives Einfordern der Toleranz beinhalten. Für Liberale ist Ausländerpolitik ein besonders wichtiger Bereich der Innen- und Außenpolitik in einer freiheitlichen Demokratie. Sie ist darüber hinaus ein Prüfstein für unsere Rechtsstaatlichkeit und Maßstab für die Humanität unserer Gesellschaft.

Die Liberalen wollen eine Gesellschaft mit Bürgern gleicher Rechte und gleicher gesellschaftlicher Chancen. Eine darauf angelegte liberale Ausländerpolitik will die Integration. Dies heißt aber nicht, die Assimilation unter Aufgabe nationaler und kultureller Werte, sondern das Angebot an die Ausländer, unsere Stadt auch als ihre Heimat zu verstehen.

Die Liberalen tragen damit nicht nur ihren humanitären Wurzeln und der weltoffenen Tradition Berlins Rechnung, sondern auch der Tatsache, daß Deutschland seit den sechziger Jahren de facto zum Einwanderungsland geworden ist. Sie wollen, daß Berlin auch in Zukunft positives Vorbild für das Zusammenleben deutscher und ausländischer Bürger sein kann. Das Zusammenleben verschiedener Völker und Kulturen ist nicht immer ohne Konflikte. Nur im täglichen Zusammenleben am Arbeitsplatz, im Kiez, im Verein, in der Nachbarschaft mit den ausländischen Mitbürgern können gegenseitige Vorurteile abgebaut werden. Um das Verständnis zwischen den Gruppen zu verbessern, ist das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen auszubauen.

Über die Probleme von Ausländern und anderen Minderheiten ist bereits in der Schule in geeigneter Form zu informieren, um so frühzeitig für diese Fragen zu sensibilisieren. Ein besseres Verständnis ist auch über Begegnungsmöglichkeiten wie Straßenfeste und Kulturveranstaltungen zu erreichen. Die Durchführung dieser Veranstaltungen sollte bei Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen liegen. Diese Selbsthilfegruppen sind durch die Art ihrer Organisation besser in der Lage, Betroffene anzusprechen, Mißtrauen abzubauen und Aktionen flexibel durchzuführen. Daher sind solche Gruppen, einschließlich eventueller Begegnungsstätten nicht nur deklaratorisch zu unterstützen.

### **Ausländern den Weg vom Mitbürger zum Staatsbürger ebnen**

Den Ausländern ist der Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern. Die Liberalen unterstützen Bemühungen um die Zulassung doppelter Staatsbürgerschaften. "Doppelten Loyalitäten" - wenn die Pflichten gegenüber zwei Staaten nicht gleichzeitig erfüllbar sind - kann durch Einrichtung einer "herrschenden" und einer "ruhenden" Staatsbürgerschaft begegnet werden. Durch die Einführung doppelter Staatsbürgerschaften kann der Zwiespalt zwischen zwei Kulturen und Traditionen, dem sich nicht wenige hier aufwachsende Ausländer ausgesetzt sehen, überwunden werden.

Auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit müssen Ausländer aber gleiche Rechte genießen, wo sie den Zugang zum Arbeitsmarkt suchen oder ein Geschäft eröffnen wollen und dürfen hier nicht durch künstliche bürokratische Hindernisse benachteiligt werden.

Das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in einem gemeinsamen Wohngebiet bringt gemeinsame Interessenlagen mit sich. Daher ist mittelfristig die Mitbestimmung der gesamten jeweiligen Wohnbevölkerung über kommunale Angelegenheiten zu gewährleisten. Dies ist nur über das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer, die sich berechtigt hier aufhalten, zu verwirklichen. Als ersten

## AU SLÄ N D E R

Schritt auf diesem Wege fordern die Liberalen die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Bürger aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft und zwar in allen Ländern der europäischen Gemeinschaft.

### **Eine Zuflucht für Verfolgte offenhalten**

Das Recht auf Zuflucht für politisch Verfolgte (Asylrecht) ist unantastbar, auch bei einer steigenden Zahl von Asylbewerbern. Die Dauer des Asylverfahrens sollte jedoch verkürzt werden, auch um Asylberechtigten ein rascheres Einleben zu ermöglichen. Die Liberalen lehnen aber jede Einschränkung des Asylrechts auf kaltem Wege wie einer engen Auslegung von Durchführungsbestimmungen oder "Schnellgerichten" ab. Die Unterbringung von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen ist human zu gestalten.

# **JUGEND**

## **Jugend - die Erwachsenen von morgen**

Die Jugend von heute wird morgen die Welt gestalten, in der wir als Alte leben. Wie diese Welt aussieht, hängt davon ab, ob es uns gelingt, den jungen Menschen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen, sie Selbstbewußtsein und Gemeinsinn entwickeln zu lassen. Der Ausstieg Jugendlicher aus unserer Gesellschaft muß deshalb verhindert werden; den Einstieg der Jugend in eine zukunftsbedingte Neugestaltung der Gesellschaft durch Mut, Risikobereitschaft und neue Ideen wollen die Liberalen fördern. Dazu braucht die Jugend Freiräume, um Selbstbestimmung und Mitverantwortung einzuüben. Mehr solcher Freiräume sind im schulischen wie im Freizeitbereich zu schaffen. Eine größere Zahl selbstverwalteter Jugendzentren, insbesondere im Ostteil unserer Stadt, kann dabei ein wichtiger Ansatz sein. Liberale geben dabei der freien Trägerschaft stets den Vorrang vor einer staatlichen.

Beim Umgang mit jugendlichen Problemgruppen, wie Jugendbanden oder Trebegängern ist die soziale Komponente mindestens gleichwertig neben die Polizeiarbeit zu stellen. So ist die Zahl der Streetworker für diese Bereiche zu erweitern, denn die Arbeit an den sozialen Wurzeln der Probleme ist billiger und sinnvoller als die polizeiliche an den Symptomen. Daneben ist bereits in der Schule zu gewaltfreien Konfliktlösungsmustern zu erziehen. Da sich diese jugendlichen Problembereiche nun in der ganzen Stadt zeigen, sind in den Bezirken im Ostteil unserer Stadt in den Jugendämtern die personellen Voraussetzungen für eine derartige strukturell innovative Jugendarbeit zu schaffen.

Da die Jugend von allen Politikbereichen betroffen ist, von deren langfristigen Wirkungen sogar besonders, fordern die Liberalen ein senatsinternes Anhörungsrecht der Jugendverwaltung bei allen jugendrelevanten Fragen.

## **Drogen - Therapie statt Strafe - Vorbeugen ist billiger als die Folgen**

Von der allgemein zunehmenden Drogenproblematik ist die jüngere Generation in besonderem Maße betroffen, weil die jungen Menschen ihre eigene Lebensperspektive erst noch entwickeln. Rechtzeitige und vollständige Aufklärung sind die besten Mittel der Drogenbekämpfung. Deshalb sind im Ostteil unserer Stadt umgehend entsprechende Beratungsangebote für Vorbeugung und Therapie zu schaffen. Bei Beratung und Therapie ist aus liberaler Sicht die Selbsthilfe besonders zu fördern. Der Grundsatz "Therapie statt Strafe" ist verstärkt anzuwenden. In der Therapie, also zu Behandlungs-, Überbrückungs- oder Entzugszwecken, kann im Einzelfall die Verabreichung von Drogen oder Ersatzdrogen durch einen Arzt angezeigt sein. Die Art dieser Drogen muß sich an der gesundheitlichen und individuellen Situation des Abhängigen orientieren. Diese Drogen sind nicht schon die Therapie. Sie sollen vielmehr die Therapie erst ermöglichen, die aus Entgiftung und Selbstfindung besteht. Deshalb muß die kontrollierte Verabreichung durch sozialpsychiatrische Maßnahmen begleitet sein. Bei der Drogenpolitik sollte die Bedeutung der weitverbreiteten legalisierten Drogen nicht unterschätzt werden. Die Liberalen fordern daher ein Rauchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen. Außerdem sind Gaststätten zu unterstützen, die alkoholfreie Getränke billiger anbieten, als alkoholhaltige. Eine verstärkte Selbstbeschränkung der Hersteller von Medikamenten, alkoholischen Getränken und Tabakwaren bei der Werbung muß dies ergänzen.

## **Bildung - Startchance für ein eigenständiges Leben**

Alle Jugendlichen in Berlin haben nicht nur ein Recht auf Bildung sondern einen Anspruch auf die bestmögliche Ausbildung. Die Schul- und Ausbildungseinrichtungen im Ostteil unserer Stadt sind daher möglichst schnell zu reformieren und neu zu strukturieren. Denn eine gute Bildung und Ausbildung erhöht die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Nachholen von Schulabschlüssen ist daher zu erleichtern und zu fördern. Daneben sind alle Ansätze für eine stärkere betriebliche Ausbildung zu nutzen. Die Betriebe sind anzuhalten, über ihren Eigenbedarf hinaus auszubilden. Der Ausbildungsverbund mehrerer Betriebe, um eine optimale Ausbildung zu ermöglichen, ist zu fördern. Zu Jugendstrafe Verurteilten ist die Möglichkeit zu geben, ihre im Jugendstrafvollzug begonnene Lehre auch nach Strafverbüßung zu beenden. Da gerade bei jungen Menschen die Finanzierung von Arbeit sinnvoller ist, als die von Arbeitslosigkeit, sind hier auch neuartige Wege zu nutzen. Die Liberalen fordern daher

## **JUGEND**

die versuchsweise Umsetzung des sogenannten Grottian-Planes für jugendliche Arbeitslose, der eine sinnvolle Beschäftigung auch sonst chancenloser in Eigeninitiative ermöglicht. Durch die finanzielle Unterstützung von Neueinstellungen vor allem bei kleineren und mittleren Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben können zwei Ziele erreicht werden. Man kann so die Jugendarbeitslosigkeit abbauen und gleichzeitig die Entwicklung des Mittelstandes unterstützen.

## **S P O R T**

### **Sport - Freizeitgestaltung für viele - Spitzenleistungen als Vorbild**

Freizeit und Sport nehmen bei der Lebensgestaltung des Einzelnen weiter an Bedeutung zu. Die Aufgabe des Staates ist hier nach liberalem Gesellschaftsverständnis auf die Schaffung von sportfreundlichen Rahmenbedingungen festgelegt. Sport ist eingebettet in Gesellschafts- und Sozialpolitik, Gesundheits-, Bildungs- und Jugendpolitik. Wo sportliche Aktivitäten Anwohner oder die Umwelt belasten, können Konflikte entstehen. Sie müssen aber mit Augenmaß und Verstand unter Beachtung auch des gesellschaftlichen Nutzens gelöst werden, den Sport vielfältig hat.

Liberaler Sportpolitik zielt auf eine gleichrangige Existenz von Breiten- und Spitzensport, als Freizeitgestaltung oder mit Leistungsanspruch. Liberale fördern Sport in Schulen und Betrieben, ermöglichen ihn als Therapie und Aktivität Behinderter. Durch liberale Sportpolitik soll jedem Einzelnen ermöglicht werden, seine persönlichen sportlichen Ansprüche in eigener Initiative zu verwirklichen: Als Ausgleichssport, als Erfahrung eigenen Leistungsvermögens und der eigenen Grenzen, als Freizeitspaß und als Gelegenheit zur Begegnung mit anderen.

### **Neue Ideen für die vereinte Stadt**

In Berlin wurde Sport massiv gefördert, im Westteil durch Sonderfinanzierungen, im Ostteil durch eine Vorzugsbehandlung, die auf den Wunsch nach Darstellung einer besonderen Leistungsfähigkeit des alten Gesellschaftssystems zurückging. Ein Verlust dieser Förderungen darf nicht dazu führen, daß besondere Möglichkeiten unserer Stadt nicht verwirklicht werden: So kann die vorhandene Konzentration sportwissenschaftlicher Einrichtungen genutzt werden, um Berlin zu einem Zentrum der Sportwissenschaft auszubauen; die Einrichtung einer Sporthochschule muß geprüft werden. Eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Flächen und Einrichtungen muß zu einer neuen Bewertung der vorhandenen Planungen im Großraum Berlin führen.

Als politische Grundsatzentscheidung ist eine Umschichtung hin zur verstärkten Finanzierung des Schul- und Jugendsports notwendig. Die politische Situation bietet die Chance zu einer tiefgreifenden Reform des Vereins- und Verbandswesens, zum Beispiel des Landessportbundes. Die alten Formen, die hier vorzufinden sind, sollten zu größerer Beteiligung der Sportler an Entscheidungen hin verändert werden.

### **Ja zu Olympia 2000**

Die Liberalen unterstützen die Kandidatur für die Ausrichtung Olympischer Spiele in unserer Stadt. Die völkerverbindende Aufgabe des Sports kann nach Ende des kalten Krieges und den großartigen politischen Umwälzungen nirgends besser dargestellt werden als im wiedervereinigten Berlin. Olympia verlangt aber - und ermöglicht - eine einheitliche Konzeption für den bisher in beiden Teilen Berlins getrennt betriebenen Sportstättenbau, fehlende Einrichtungen können ergänzt werden. Die Liberalen wollen bei der Erarbeitung des Konzeptes dafür sorgen, daß durch die Investitionen für die Olympiade zugleich für die Zeit nach den Spielen vor allem die Situation des Breiten-, Schul- und Hochschulsports verbessert wird.

# BILDUNG - SCHULE - WISSENSCHAFT

## **Bürgerrecht Bildung - viele Wege eröffnen viele Chancen**

Die Liberalen bekennen sich zu einem Bürgerrecht auf Bildung. Eine frei bestimmbare Ausbildung ist unabdingbar für die Entwicklung und das persönliche Glück eines jeden Menschen. Die leistungsorientierte Wettbewerbsgesellschaft hat nur dann Chancen, wenn die individuellen Begabungen gefördert und die Fähigkeiten der Einzelnen bestmöglich ausgebildet werden. Nur so kann sich der geistige und kulturelle Reichtum vermehren und nur so können wissenschaftliche und technologische Spitzenleistungen erreicht werden. Deshalb wollen Liberale die Vielfalt und Durchlässigkeit der Bildungswege und Bildungsmöglichkeiten erhalten und weiter ausbauen. Die Liberalen wollen Chancengerechtigkeit für alle, Nivellierung von Ergebnissen lehnen sie ab.

Liberale wollen ein Bildungs- und Erziehungssystem, das den Einzelnen in die Lage versetzt, dogmatische Ansprüche, gleich welcher Art, als solche zu erkennen und in Frage zu stellen. Entwickeln von Verantwortungsbewußtsein, um Selbstbestimmung zu ermöglichen, ist Ziel einer liberalen Erziehung. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn Kindern und Jugendlichen in allen Altersgruppen und Lebensbereichen Mitbestimmung erlaubt wird und frühzeitig demokratische Prozesse erlebt werden. Niemandem darf der Bildungsweg seiner Wahl aus finanziellen Gründen versperrt sein.

## **Liberaler Schulen schaffen - Aufklärung statt Ideologien**

Die Schaffung eines einheitlichen Landes Berlin stellt im Bereich der Schule eine große Herausforderung an Schüler, Eltern, Lehrer und Verwaltung dar. Die Schulen im Ostteil unserer Stadt waren jahrzehntelang geprägt durch den Auftrag der ideologischen Erziehung. Alle, Schüler, Eltern und Lehrer hatten sich dem Ziel zu unterwerfen, die sogenannte "sozialistische Persönlichkeit" heranzubilden. Dies hatte vielfältige Auswirkungen: Schüler konnten ihre Berufs- und Studienwünsche nicht frei verwirklichen. Lehrer wurden umfassend weltanschaulich diszipliniert und fachlich gegängelt, hatten Stoffe zu vermitteln, über deren Sinn keine Diskussion zugelassen wurde, konnten nicht auf individuelle Begabungen und Neigungen ihrer Schüler eingehen. Mitbestimmungsrechte der Eltern waren nicht vorhanden. Schulverwaltung bestand vor allem in der lückenlosen Berichts- und Kontrolltätigkeit.

Aber auch die Schulpolitik im Westteil der Stadt bedarf einer grundlegenden Veränderung und Erneuerung: Die Eltern erleben eine wahre Flut von Reformversprechen und gleichzeitig werden Klassen immer größer, werden Stundenzahlen gekürzt und pädagogische Verbesserungen zurückgenommen.

## **Grundsatz liberaler Schulpolitik: Die Mündigkeit der Bürger fördern**

Liberaler Schulpolitik orientiert sich an folgenden Grundpositionen: Jeder staatlichen Bildungspolitik geht das Erziehungsrecht der Eltern voraus. Ihm auch an der Schule Raum zu schaffen, ist wichtiges Ziel liberaler Bildungspolitik. Bildung muß den Menschen in Stand setzen, sein privates und berufliches Leben und seine Rolle in der Gesellschaft eigenverantwortlich zu planen und zu gestalten. Die Erziehung zur Urteilsfähigkeit und zu demokratischem Handeln und ausreichende Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte im Bildungswesen sind Grundvoraussetzung dafür. Die Freiheit des Einzelnen, sich für seinen Werdegang selbst zu entscheiden, darf nicht beschnitten werden, sie schließt immer auch das Risiko der Fehlentscheidung ein. Schule in der freiheitlichen Gesellschaft muß nach demokratischen Regeln das Zusammenwirken von Schülern, Eltern und Lehrern sichern. Sie kann so zu einem Ort demokratischen Lernens werden. Wichtigste Aufgabe der Schulpolitik in Berlin in den nächsten Jahren ist es, so schnell wie möglich vergleichbare Lebens- und Arbeitsbedingungen im Schulbereich herzustellen. Nur so sind in ganz Berlin freie Schulwahl und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten. Eine gute Schule für Berlin kostet viel Geld.

Die Liberalen meinen, daß Investitionen in die Schule gute Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sind. Hier zu sparen, wäre kurzsichtig und unverantwortlich. Allerdings macht der Umfang der Aufgabe es erforderlich, Prioritäten zu setzen und Mittel zu konzentrieren. Vergleichbare Lebensverhältnis-



## **BILDUNG - SCHULE - WISSENSCHAFT**

se bedeuten nicht Einheitsschule, sondern Schaffung eines vielfältigen Schulangebots, unter Einschluß von Schulen in freier Trägerschaft. Um die Begabung des einzelnen Schülers bestmöglich zu unterstützen, müssen Schulen zur Entwicklung eigener Profile und Konzepte ermutigt werden. Die schnelle Herstellung vergleichbarer Lebens- und Arbeitsverhältnisse muß unterstützt werden durch den wechselseitigen Austausch von Lehrern zwischen den Bezirken unserer Stadt. Darüber hinaus ist die Schulentwicklung in Berlin mit dem Land Brandenburg so abzustimmen, daß die Freizügigkeit zwischen Berlin und seinem Umland nicht an unterschiedlichen Schulsystemen scheitert. Liberale lehnen die Gesamtschule als einzige Regelschule ab.

### **Bildung - Investition in zukünftigen Wohlstand**

Die Überwindung des Numerus Clausus bleibt zentrale Aufgabe liberaler Hochschulpolitik. Dies gilt um so mehr im Lichte des gegebenen Nachholbedarfs der neuen Bundesbürger, denen das überwundene SED-Regime den Zugang zu Abitur und Hochschule versagt hatte. In einem an materiellen Rohstoffen armen Land wie Deutschland ist es eine existentielle Zukunftsaufgabe, Qualität und Vielfalt von Wissenschaft und Forschung auszubauen. Die Zukunftsinvestition Bildung darf daher im Prozeß der deutschen Einigung unter keinen Umständen zurückstehen. Im Wege einer zeitlich auf fünf Jahre begrenzten Kreditaufnahme durch Bund und Länder zur Unterstützung des Hochschulausbaus in den östlichen Bundesländern muß eine zusätzliche Unterstützung gewährt werden. Für Stiftungen und Drittmittelforschung der Industrie müssen besondere Anreize geschaffen werden.

### **Berlin - ein Zentrum für Wissenschaft und Forschung**

Wegen der absehbaren Häufung von Pensionierungen als Folge der Stellenausweitungen und -umwandlungen Ende der 60-er Jahre muß wissenschaftlicher Nachwuchs Anstellungsmöglichkeiten auf Zeit finden, damit die für die nächsten Jahre absehbaren Lücken im Lehrkörper geschlossen werden können. Berlin als Hochschulstandort und Zentrum der Wissenschaften kann mit Hilfe solcher Maßnahmen gesichert und auf die europäischen Herausforderungen vorbereitet werden. Als östlichstes Universitätszentrum der EG und engster Nachbar der demokratischen Staaten Osteuropas wird Berlin hier besondere Verantwortungen zu übernehmen haben. Die Humboldt-Universität sollte Gelegenheit erhalten, künftig als Markenzeichen für wissenschaftlich-technische Höchstleistungen in Lehre und Forschung Geltung zu gewinnen. Die Neukonstituierung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, der Ausbau und die Koordinierung der medizinischen Fachbereiche sowie der Ausbau und die Ansiedlung weiterer Forschungszentren für Naturwissenschaften und Hochtechnologie sind Ziel liberaler Wissenschaftspolitik für Berlin.

Die Autonomie der Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist für Liberale unabdingbar. Freiheit bedingt Verantwortung; das gilt für die Wissenschaftseinrichtungen in bezug auf Menge und Güte ihres Lehrangebots und ihrer Forschung. Die Liberalen wollen die Hochschulen dabei unterstützen, so z.B. durch Sicherung des Berliner Tutorenmodells und seine Ausweitung auf die Einrichtungen im Ostteil unserer Stadt. Die Berliner Liberalen unterstützen dabei eine Verbesserung des Lehrangebots von Fachhochschulen und die Erhöhung und Ausweitung der Stipendienförderung. Die Ausschreibung aller wissenschaftlichen Stellen und ihre Besetzung ausschließlich nach der wissenschaftlichen Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber auch im Ostteil unserer Stadt ist für Liberale selbstverständlich, ebenso die generelle Neuausschreibung aller Lehrstühle im Ostteil unserer Stadt und ihre Wiederbesetzung ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien. Die Übernahme von Professoren aus dem Ostteil unserer Stadt in das Beamtenverhältnis kann nur bei auf diese Weise glaubwürdig nachgewiesener wissenschaftlicher Eignung erfolgen. Die unvoreingenommene Ausschreibung und Besetzung aller Stellen ist zugleich die wirksamste Form der Förderung von Wissenschaftlerinnen. Die Öffentlichkeit der Stellenpolitik ist insbesondere auch im Ostteil unserer Stadt sicherzustellen, damit sich nicht alte Kaderseilschaften immer wieder gegenseitig befördern.

### **Medien - Unabhängigkeit und Vielfalt sind Teil unserer Freiheit und Voraussetzung von Demokratie**

Die Unabhängigkeit der Medien vom Staat ist eine wesentliche Voraussetzung wirksamer Machtkontrolle im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat, weil der einzelne Bürger nur dann eine verantwortliche Wahlentscheidung treffen kann, wenn er sich über öffentliche Angelegenheiten frei informieren kann, Presse und Rundfunk also nicht gelenkt werden.

Keine Information durch Presse, Hörfunk oder Fernsehen kann aber hundertprozentig objektiv sein, weil Sprache, Klang und Bilder immer mehr sind als reine Information, immer auch eine Tendenz haben. Aus der Vielfalt verschiedener Darstellungen eines Themas in verschiedenen Zeitungen oder Zeitschriften, Büchern, Filmen, Hörfunk- oder Fernsehprogrammen kann sich der mündige Bürger aber selber ein annähernd objektives Bild machen.

Weil die Liberalen die eigenständige Entscheidung mündiger Bürger wollen, treten sie in der Medienpolitik konsequent für Staatsunabhängigkeit und Vielfalt der Medien ein. Beides ist immer wieder gefährdet durch Versuche der Politik, der unbequemen Kontrolle durch Journalisten Zügel anzulegen und durch Konzentration von wirtschaftlicher Macht im Medienbereich. Der Staat muß deshalb im Medienbereich eine klare Ordnung vorgeben, die staatliche Einflußnahme vor allem auf Presse und Rundfunk ebenso ausschließt, wie das Entstehen von Meinungsmonopolen.

### **Rundfunk im dualen System - Unabhängigkeit und föderale Struktur wiederherstellen**

Zur Sicherung der Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordern die Berliner Liberalen die drastische Verringerung der von Staat, Parteien und Verbänden in die Rundfunkräte entsandten Mitglieder und die Besetzung der dadurch frei werdenden Plätze mit normalen Gebührenzahlern. Die Zusammensetzung der Aufsichtsgremien sollte durch das Parlament künftig nur noch mit verfassungsändernder Mehrheit geändert werden können. Die Bewilligung der Gebühren durch die jeweilige Parlamentsmehrheit schafft Erpreßbarkeit und muß durch eine Regelung ersetzt werden, die auch in diesem Bereich die Unabhängigkeit der Rundfunkanstalten wiederherstellt.

Mit dem begonnenen Aufbau von Landesrundfunkanstalten in den östlichen Bundesländern wird der Staatsfunk des demokratischen Zentralismus überwunden. Seine zentralen Einrichtungen und Mittel sind vorrangig für den Aufbau dieser föderalen Struktur zu verwenden, von der mehr Vielfalt und Berücksichtigung regionaler Interessen zu erwarten ist. Die neuen Landesrundfunkanstalten sollten jedoch vor allem in Verwaltung und Technik von Anfang an engste Kooperation untereinander und mit der ARD suchen, um den Aufbau unnötiger kostenträchtiger Apparate zu vermeiden.

Die Stärkung der Landesrundfunkanstalt SFB und die Erhaltung des traditions- und erfolgreichen RIAS als Hörfunkstandbein des ZDF oder als Gemeinschaftseinrichtung der ARD sind wesentliche Ziele einer Medienpolitik, die Berlin im Blick auf seine Funktion als Hauptstadt, als künftige Olympiastadt und als Drehscheibe zwischen Ost und West zu einer Medienmetropole entwickeln will.

Die künftige Medienlandschaft Berlins muß auch privaten Rundfunkveranstaltern faire Startchancen für zusätzliche Angebote bieten und sie deshalb bei der Vergabe von freiwerdenden Frequenzen, zum Beispiel aus dem Militärbereich, gleichberechtigt berücksichtigen. Hier ist vor allem darauf zu achten, daß sich nicht nur schon bestehende große Veranstalter und Verlagskonzerne immer breiter machen, sondern daß Vielfalt vor allem dadurch gesichert wird, daß unabhängige Neugründungen möglich bleiben. Weiter Raum für private Initiativen ergibt sich vor allem bei der Entwicklung des Produktionsstandorts Berlin. Berlin wird auch Berichterstattungsort für Korrespondenten aus aller Welt sein. Dienstleistungseinrichtungen auf diesem Gebiet können ein Sanierungskonzept für die DEFA ebenso einschließen, wie eine zukünftige Aufgabe für die Projektgesellschaft für Kabelkommunikation.

## MEDIEN

### **Presse - der Konzentration begegnen, den Markt stärken**

Zur Gewährleistung von Presse- und Rundfunkfreiheit fordern die Liberalen gesetzliche Regelungen zur Sicherung der Meinungsvielfalt und gegen medienübergreifende Konzentration von Meinungsmacht. Zusammenschlüsse im Pressebereich, der Einstieg westlicher Großverlage in den Pressemarkt im Ostteil unserer Stadt und den östlichen Bundesländern und die Zulassung privater Rundfunkveranstalter dürfen nicht zur Bildung publizistischer oder wirtschaftlicher Monopolstellungen führen. Presse- und Rundfunkfreiheit sind nicht nur für die da, die den Markt schon unter sich aufgeteilt haben; zur Presse- und Rundfunkfreiheit gehört vor allem, daß auch ein Neuanfang möglich bleibt. Eine freie Presse braucht dabei vor allem auch freie Vertriebswege; alle Versuche, über eine Regulierung des Vertriebs Schutzzonen für erwünschte Organe zu schaffen und andere Publikationen zu benachteiligen, müssen abgewehrt werden.

### **Mediengesetzgebung - Beschränkung auf das Wesentliche, Ende der Regelungsflut**

Die nach der Verfassung gebotenen Regelungen zur Gewährleistung der Presse- und Rundfunkfreiheit einerseits und zum Schutz der Persönlichkeitsrechte andererseits bedürfen keiner Regelungsflut. Ein Mediengesetz ist genug. Pressegesetz, SFB-Gesetz und Kabelpilotprojektgesetz enthalten in wesentlichen Punkten gleiche oder ähnliche Vorschriften; die Liberalen fordern deshalb, die Regelungen für den gesamten Bereich in einem Landesmediengesetz zusammenzufassen. Dabei muß sich der Staat auf die unbedingt notwendigen Regelungen beschränken. Dazu gehört aber auch eine Stärkung der Rechte des einzelnen Bürgers gegenüber den Medien. Das Recht auf Gegendarstellung und Widerruf falscher Behauptungen muß verbessert werden, damit der Bürger nicht aufgrund bloßer Formvorschriften wehrlos bleibt, wenn er zu Unrecht in den Massenmedien an den Pranger gestellt wurde.

## **Kirche und Staat**

Die Berliner Liberalen halten fest am Grundsatz einer klaren Trennung von Kirche und Staat, da beide unabhängig voneinander ihre Aufgabe zu erfüllen. Diese Forderung ist weder kirchenfeindlich noch wird damit die freie Religionsausübung aller Glaubensrichtungen angetastet. Die Trennung sichert der Kirche vielmehr die Erfüllung ihrer eigentlichen Aufgaben. Dies wird bei richtiger Würdigung der anerkennenswerten Rolle der Kirche in der damaligen DDR bestätigt. Gerade die größere Distanz von Staat und Kirche war Voraussetzung dafür, daß die Kirchen zur Heimstatt für freiheitliche Opposition und Friedensbewegung werden konnten.

## Stichwortverzeichnis

Abfall.....	18
Abtreibung.....	15
Abwasser.....	18
Akademie der Wissenschaften .....	30
Alleinerziehende.....	14
Alter .....	14
Ambulatorien .....	13
AOK.....	13
Arbeitslosigkeit.....	7
Arbeitsplätze .....	8
Arbeitszeit .....	14
ARD .....	31
Asylrecht.....	25
Ausländer .....	24
Behinderte .....	12
Berlinförderung .....	6
Beschäftigungsprogramme .....	8
Bezirke .....	22
Bildung.....	29
Bildungspolitik.....	29
Bodenversiegelung .....	19
Brandenburg .....	16
Breitensport.....	28
Busspuren .....	10
Chancengleichheit .....	15
DEFA.....	31
Drogen .....	26
Ehegattensplitting.....	14
Energie.....	18
Ersatzdrogen .....	26
Erziehung.....	29
F.D.P. ....	18
Familie .....	14
Fehlbelegungsabgabe .....	3
Fernsehen .....	31
Flächennutzungsplan.....	16
Flughäfen .....	11
Flugverkehr .....	11
Forschung.....	30
Forschung und Wissenschaft .....	6
Forschungszentren .....	30
Frauenförderung.....	15
Frauenhäuser .....	15
Galerien .....	23
Gesamtschule .....	30
Gesundheit .....	13

Gleichberechtigung .....	15
Gleichstellung .....	14
Grundwasser .....	19
Hauptstadt.....	1
Heizung.....	19
Hörfunk.....	31
Humboldt-Universität.....	30
Individualverkehr.....	9
Infrastruktur .....	6
Intercity-Netz .....	10
Jugend .....	26
Jugendarbeitslosigkeit.....	27
Jugendbanden .....	26
Jugendverwaltung.....	26
Justiz.....	21
Kaderseilschaften .....	30
Kinderbetreuung.....	14
Kindertagesstätten.....	14
Kinos .....	23
Kirche.....	33
Kommunales Wahlrecht .....	24
Kostentransparenz im Gesundheitswesen.....	13
Krankenkassen.....	13
Kultur .....	23
Kunst .....	23
Kurfürstendamm.....	10
Ladenschluß.....	14
Land Brandenburg.....	16
Landesrundfunkanstalten .....	31
Landschaft .....	20
Lärm.....	18
Luftverschmutzung.....	18
Magnetbahn.....	10
Marktwirtschaft.....	5
Mediengesetz .....	32
Mieten .....	2
Militärübungen .....	17
Mitbestimmung.....	29
Mittelstand .....	5
Müll .....	20
Müllverbrennung .....	20
Müllvermeidung.....	20
Museen.....	23
Naturschutz .....	20
Naturschutzverbände .....	20
Öffentlicher Personennahverkehr .....	9
Öffnungszeiten .....	14
Olympia.....	28
Paragraph 175 StGB.....	14
Paragraph 218 StGB.....	15
Parkraumkonzept .....	10
Personennahverkehr, öffentlicher .....	9
Polikliniken.....	13

Presse .....	31, 32
Qualifizierung.....	7
Raumordnungsplan .....	16
Rechtsstaat .....	21
Rechtsstaatlichkeit .....	21
Recycling .....	20
Region .....	16
RIAS.....	31
Richter .....	21
Rundfunk.....	31
S-Bahn.....	9
Schulpolitik.....	29
Schwangerschaftsabbruch .....	15
Senioren .....	14
SFB .....	31
Sozialamt.....	12
Sozialhilfe .....	12
Sozialpolitik .....	12
Sozialstationen .....	12
Spitzensport.....	28
Sport .....	28
Sporthochschule .....	28
Staatsanwälte.....	21
Stadtautobahn .....	10
Straßenbahn .....	10
Subventionen .....	4
Theater.....	23
Toleranz.....	24
Trinkwasser .....	19
U-Bahn.....	9
Umschulung .....	7
Umwelt.....	10
Umweltschutz.....	18
Verbandsklage .....	20
Verfassung.....	21
Verfassungsschutz .....	21
Verkehr .....	9
Versorgungsstaat .....	12
Verwaltung .....	22
Verwaltungsreform.....	22
Volksentscheid.....	21
Wahlrecht, kommunales für Ausländer.....	24
Wahltermine.....	22
Weiterbildung .....	7
Weltoffenheit.....	24
Wirtschaftsverkehr .....	10
Wissenschaft.....	30
Wissenschaft und Forschung .....	6
Wohnungen .....	2
ZDF.....	31
Zweckentfremdung von Wohnraum .....	3

Freie Demokratische Partei

Im Dol 2 - 6

1000 Berlin 33

Telefon: Berlin - West

831 30 71

Telefax: Berlin - West

831 30 75